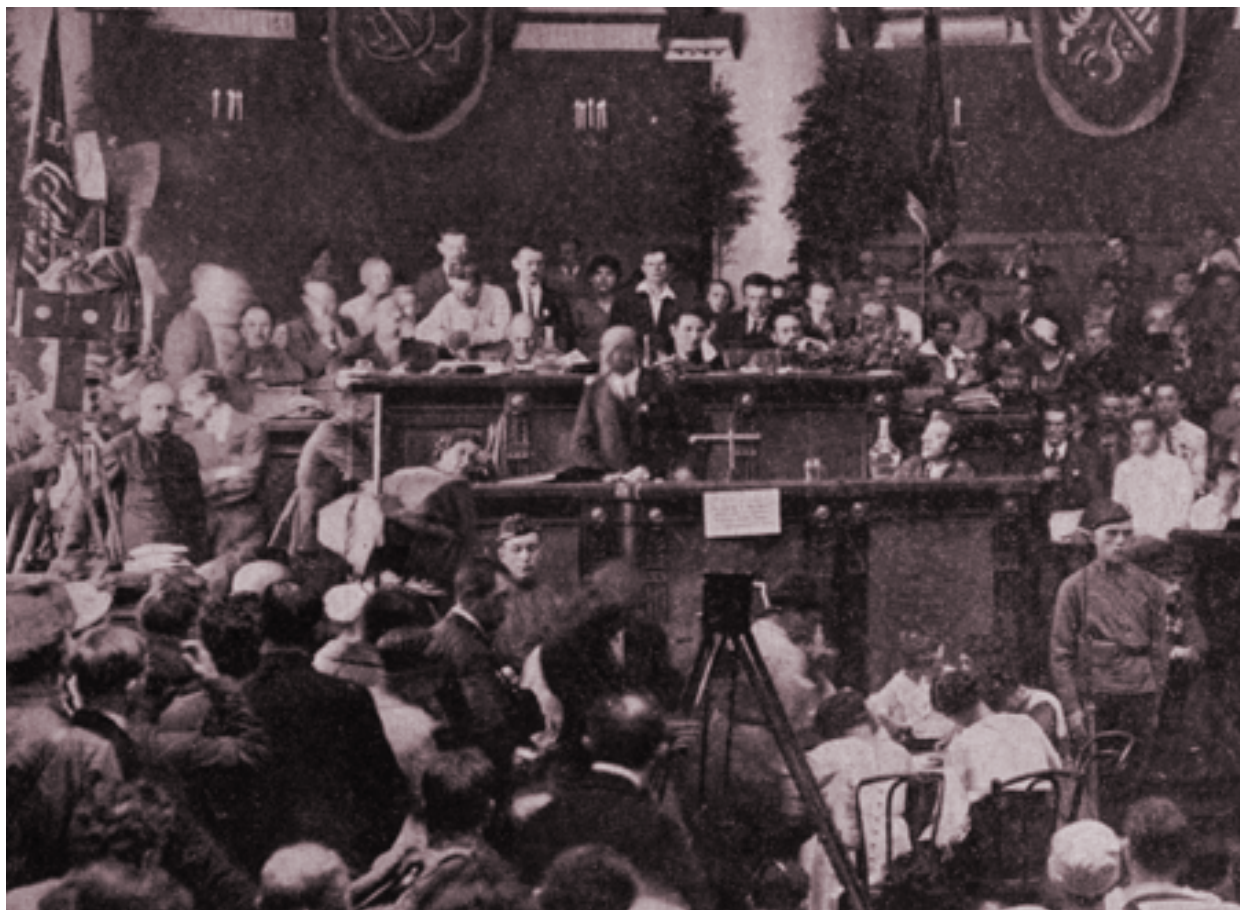


Nr. 18

REVOLUTIONÄRER KOMMUNISMUS

RCIT-Thesen zur Einheitsfronttaktik

- * *Erklärung zum 1. Mai 2016*
- * *Panama-Papers*
- * *UNO-Vergewaltiger*
- * *BP-Wahl in Österreich*
- * *Aufgabe der revolutionären Zeitung*



THEORETISCHES JOURNAL DER RKIT/RCIT

www.rkob.net

| www.diekommunisten.net

| Mai 2016

| Preis: 3 €

Deutschsprachiges Journal der Revolutionär-Kommunistischen Internationalen Tendenz (RCIT), Nr. 18, Mai 2016

Revolutionäre Erklärung zum 1.Mai 2016	S.3
Was enthüllen die Panama Papers?	S.7
Vergewaltiger in Blau: Über die widerwärtigen Taten von UN-Soldaten	S.8
Ungültig wählen, Widerstand organisieren! Wahlauf Ruf zu den Bundespräsidentenwahlen 2016	S.9
RCIT-Thesen zur Einheitsfronttaktik	
Thesen zu den Prinzipien der Einheitsfronttaktik und ihrer Anwendung unter den heutigen Klassenkampfbedingungen	S.11
<i>I. Charakter und Prinzipien der Einheitsfronttaktik</i>	S.11
<i>II. Die verschiedenen Anwendungsbereiche und -formen der Einheitsfronttaktik</i>	S.17
Aufgabe und Rolle der revolutionären Zeitung	S.23
<i>I. Kapitalistische Presse</i>	S.23
<i>II. Reformistische Presse</i>	S.24
<i>III. Revolutionäre Zeitung</i>	S.25
Was will die RCIT?	S.30

RCIT Deutschland

Web: <http://www.diekommunisten.net/>

Email: rcit@diekommunisten.net

RCIT Österreich

Web: <http://www.rkob.net/>

Email: aktiv@rkob.net

Revolutionary Communist International Tendency

Web: www.thecommunists.net

Email: rcit@thecommunists.net

Tel.: +43-0650-4068314

Adresse: Fuchselhofgasse 6,
1120 Wien, Österreich

Revolutionärer Kommunismus ist das deutschsprachige theoretische Journal der *Revolutionär-Kommunistischen Internationalen Tendenz* (RCIT). Die RCIT hat Sektionen und Aktivisten in Pakistan, Sri Lanka, Jemen, Tunesien, Israel / Besetztes Palästina, Brasilien, Britannien, Deutschland, USA, und Österreich.

Revolutionäre Erklärung zum 1.Mai 2016

1. Mai 2016 - In Mexiko und weltweit: Für eine neue Weltpartei der Sozialistischen Revolution, um den Kampf um die Befreiung der Arbeiter und Unterdrückten voranzutreiben!

Erklärung des Liaison-Komitees der Revolutionär-Kommunistischen Internationalen Tendenz (RCIT) und der Agrupación de Lucha Socialista (ALS), April 2016

Die RCIT und die ALS schicken ihre Grüße zum 1. Mai an alle Kämpferinnen und Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker auf der ganzen Welt. Die aktuelle Weltlage ist durch eine beschleunigte wirtschaftliche, soziale und politische Krise des kapitalistischen Weltsystems gekennzeichnet. Das kapitalistische System befindet sich im Niedergang seit dem Anfang der welthistorisch revolutionären Periode im Jahr 2008 mit dem Ausbruch der Großen Rezession. Die Weltwirtschaft hat sich nie von dieser Rezession erholt und steht nun unmittelbar vor der nächsten, noch schlimmeren, Rezession. Wir sehen eine Intensivierung der Rivalität zwischen den imperialistischen Großmächten USA, EU, Japan, Russland und China (z.B. in der Ukraine, Süd- und Ostchinesisches Meer, Afrika, Lateinamerika). Des Weiteren steht die ArbeiterInnenklasse einer stärker werdenden Welle an konterrevolutionären Offensiven der herrschenden Klasse gegenüber – Sparprogramme, Polizeistaat, imperialistische Kriege im Nahen Osten etc. Doch die Arbeiter und Unterdrückten setzen ihren heroischen Widerstand gegen diese Konterrevolutionen fort.

Aber ihre Kämpfe werden ernsthaft durch die verheerende Krise der revolutionären Führung der ArbeiterInnenbewegung behindert. Derzeit werden die Kämpfe der Arbeiter und Unterdrückten von verschiedenen offiziellen Führungen kontrolliert – verräterische Arbeiterbürokraten, Führer der Sozialdemokratie, Chefs der stalinistischen Parteien, Castro-Chavismus, deren zentristische Mitläufer, Parteien des kleinbürgerlichen Nationalismus und auf dem Islamismus beruhende Parteien. Diese aktuellen Führungen leiten die Arbeiter und Unterdrückten bewusst oder unbewusst in die Irre. In bedeutenden Klassenkämpfen unterstützen sie häufig die offene Konterrevolution oder nehmen eine feige neutrale Position ein (z.B. für Assad, General Sisi, den drohenden Putsch in Brasilien, das Euromaidan-Regime in der Ukraine, für den Ausnahmezustand in Frankreich, die imperialistischen Kriege im Nahen Osten, für das ANC-Regime in Südafrika, den russischen und chinesischen Imperialismus, etc.).

Daher besteht die brennendste Aufgabe von RevolutionärInnen darin ihre Kräfte zusammenzuschließen, um eine neue *Weltpartei der Sozialistischen Revolution* als eine klare und eindeutige



AktivistInnen der österreichischen Sektion der RCIT bei der 1.Mai-Demonstration 2015 in Wien

Alternative zu Reformismus, Zentrismus und kleinbürgerlichen Populismus aufzubauen. Die RCIT und die ALS verschreiben sich der Zusammenarbeit um diese Aufgabe zu erfüllen.

Um diese nicht-revolutionären Führungen zu ersetzen ist es in erster Linie vor allem wichtig, sie offen zu verurteilen. Doch zur gleichen Zeit ist es für Revolutionärinnen und Revolutionäre absolut notwendig *innerhalb* bestehender Massenbewegungen zu kämpfen und die Taktik der Einheitsfront gegenüber ihre Führung anzuwenden.

Revolutionäre verbinden daher den Kampf für ein revolutionäres Programm mit der Konkretisierung dieses Programmes auf eine Reihe von Strategien und Taktiken für die aktuellen bedeutenden Klassenkämpfe. Revolutionäre Organisationen benötigen ein korrektes Verständnis des marxistischen Programms in der gegenwärtigen Periode sowie der aktuellen Weltlage und den entsprechenden Aufgaben für den Klassenkampf. Nur solche Organisationen können als Instrumente für die Schaffung von neuen revolutionären Parteien und einer neuen Weltpartei der Sozialistischen Revolution dienen.

Als Revolutionärinnen und Revolutionäre nehmen wir folgende Standpunkte zu aktuellen Brennpunkten der Weltpolitik ein:

* **Nieder mit allen Großmächten** - USA, EU, Japan, China und Russland! Keine Unterstützung für *irgendein* imperialistisches Lager! In der Ukraine, in Ostasien und in jedem anderen militärischen Konflikt zwischen diesen Mächten oder ihren Marionetten müssen Sozialisten schonungslos die Arbeiter daran erinnern: *Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Wandelt den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg gegen eure eigene herrschende Klasse um!*

* **Brasilien:** Nein zum Amtsenthebungs-Putsch und dem Ruf nach Neuwahlen! Aber kein Vertrauen in die Regierung der PT-PMDB, die eine Sparpolitik betreibt! Mobilisiert die Massen auf die Straßen und kämpft gleichzeitig sowohl gegen die Angriffe der Roussef-Regierung auf die Arbeiter und Armen UND gegen die Putsch-Bewegung! Für die Gründung von Aktionskomitees in den Fabriken, Gewerkschaften, Nachbarschaften, Slums und den abgelegenen Regionen zur Verteidigung unserer Rechte und gegen jede Putsch-Bewegung!

* **Argentinien:** Nieder mit der rechten Macri-Regierung! Für eine breite, kämpferische Einheitsfront gegen die Regierung! Freiheit für Milagro Sala und alle politischen Gefangenen jetzt! Für eine unabhängige ArbeiterInnenpartei, die auf einem revolutionären Programm basiert! Vertreibt die Briten von den Malvinas-Inseln!

* **Venezuela:** Schlagt die rechten Putschversuche nieder! Verteidigt Venezuela gegen den US-Imperialismus! Nieder mit dem neuen „*Pacto de Punto Fijo*“! Mobilisiert die ArbeiterInnenklasse gegen die Angriffe der Maduro-Regierung! Brecht die ArbeiterInnenklasse von der Chavista-Führung weg, die das kapitalistische System verteidigt und mit dem imperialistischen China zusammenarbeitet!

* **Mexiko:** Bringt die 43 Schüler von Ayotzinapa lebendig zurück und bestraft die Schuldigen! Solidarität mit den Gefangenen der Selbstverteidigungsmilizen – unterstützt den Kampf der Völker und Communities, die bewaffnet die organisierte Kriminalität bekämpfen! Für Volksräte und -milizen! Unterstützt den Arbeitskampf

der LehrerInnen! Nein zur Bildungsreform! Nieder mit den Angriffen auf die Arbeiterinnen und Arbeiter, nieder mit der Arbeitsreform! Für eine Bewegung der prekären und entlassenen ArbeiterInnen! Für eine kämpferische, landesweite Einheitsfront der Lehrer, Studenten und Arbeiter um einen Generalstreik zu organisieren, der Präsident Peña Nieto und seine Verbündeten des Paktes (PRI-PAN-PRD) rauswirft! Für eine Partei der städtischen und ländlichen ArbeiterInnen! Unterstützt den Kampf der indigenen Völker in Mexiko sowie in allen Ländern des amerikanischen Kontinents – für ihr Recht auf Land, Bewahrung der Kultur, und gegen Benachteiligung am Arbeitsmarkt! Wir fordern die Umsetzung der *San Andrés Accords* von 1996 für die indigenen Communities! Wir unterstützen die gemeinsame Selbstverteidigung gegen die Besetzung von Gebieten der Völker und Communities gegen Zwangsräumung durch die Regierung und Unternehmen.

* Verteidigt die **Syrische Revolution!** Besiegt das Assad-Regime! Vertreibt die Russen, die NATO und alle anderen ausländischen Aggressoren aus Syrien! Nein zu den durch die Großmächte erzwungenen „Verhandlungen“ mit dem Ziel, die Syrische Revolution zu ersticken! Nein zu Daesh/IS!

* **Ägypten:** Nieder mit der Militärdiktatur von General Sisi! Unterstützt die Streiks im Textil-, öffentlichen und anderen Bereichen sowie die Massenproteste gegen die Diktatur! Verteidigt die Muslimbruderschaft gegen die Repression, aber gebt ihrer bürgerlichen Führung keine politische Unterstützung! Freiheit für alle politischen Gefangenen in Ägypten! Für eine sozialistische Föderation der Völker des Maghreb und Mashreq!

* **Libyen:** Stoppt die US-Bombardierung Libyens! Mobilisiert gegen die Pläne der Großmächte, militärisch in Libyen entlang der Küste einzugreifen! Unterstützt den Widerstand gegen die imperialistische Aggression! Besiegt General Haftars Bündnis imperialistischer Lakaien, ohne irgendeine politische Unterstützung den Islamisten zu geben! Nein zum reaktionären Sektierertum! Nieder mit der salafi-takfiri Daesh!

* **Irak:** Nein zum reaktionären Sektierertum! Nieder mit der korrupten, pro-imperialistischen Regierung in Bagdad! Vertreibt die US-Truppen aus dem Irak!

* **Iran:** Nieder mit dem reaktionären Mullah-Regime! Selbstbestimmung für alle nationalen Minderheiten im Iran! Nein zu jeglicher Drohung der USA und anderer Großmächte gegen den Iran!

* Verteidigt **Jemen** gegen die saudische Aggression! Unterstützt den Widerstand, der von den *Houthi*-Rebellen geführt wird, ohne ihre Führung politisch zu unterstützen! Keine Rückkehr für den reaktionären Lakaien „Präsident“ al-Hadi! Für eine nicht-sektiererische Massenbewegung, die sunnitische und schiitische Arbeiter und Fallahin vereint!

* Verteidigt das **palästinensische Volk** gegen Israel, den zionistischen Apartheidstaat! In jedem Konflikt stehen wir für einen militärischen Sieg des palästinensischen Widerstands und der Niederlage Israels! Keine politische Unterstützung für die Mittäter der Abbas/Fatah-Führung oder für die reaktionäre Hamas-Führung. Für eine internationale Boykottkampagne gegen Israel, geführt von den Massenorganisationen der Arbeiter und Unterdrückten! Für ein freies, rotes Palästina vom

Jordanfluss bis zum Meer!

* **Tunesien:** Nieder mit der Regierung von Präsident Essebsi! Für ein öffentliches Arbeitsprogramm unter der Kontrolle der UGTT und anderen Massenorganisationen, finanziert durch die Enteignung der superreichen Kumpanen des Ben Ali-Clans!

* **Türkei:** Nieder mit der reaktionären, kapitalistischen Erdoğan-Regierung, aber auch nieder mit den reaktionären Kemalisten der CHP und den Faschisten von der MHP! Stoppt die Repression gegen die Kurden, die Medien und die Opposition!

* Unterstützt das Recht des **kurdischen Volkes** auf nationale Selbstbestimmung! Keine politische Unterstützung für die pro-imperialistische PKK/YPG-Führung! Für ein freies, rotes und vereintes Kurdistan!

* **Mali:** Vertreibt die imperialistischen, französischen und EU-Besatzungstruppen aus dem Land! Unterstützt den Widerstand!

* **Somalia:** Unterstützt den Widerstand gegen die pro-imperialistischen AMISOM Besatzungstruppen!

* **Südafrika:** Keine Unterstützung für die Volksfront der ANC-Regierung! Ruft die NUMSA-geführte „Einheitsfront“ auf, weiterzugehen und eine neue MassenarbeiterInnenpartei zu schaffen! Eine solche neue Partei sollte sich auf ein revolutionäres Programm und nicht auf eine Neuauflage der reformistischen „Freedom Charter“ stützen!

* **China:** Kämpft gegen die Diktatur der herrschenden stalinistisch-kapitalistischen Partei! Unterstützt die ArbeiterInnenkämpfe für höhere Löhne und gegen Entlassungen! Für volle demokratische Rechte! Nein zum

Han-Chauvinismus - volle nationale Selbstbestimmung für die Uiguren und die Tibeter!

* **Pakistan:** Nein zur PML(N) Regierung, hinter der die Armeeführung als die realen Machthaber steht! Unterstützt die Arbeiterkämpfe in der PIA gegen die Privatisierung! Vertreibt die Armee aus den Provinzen Khyber Pakhtunkhwa und FATA! Unterstützt die nationalen Befreiungskämpfe der Belutschen, Kaschmir und anderer unterdrückter nationaler Minderheiten!

* **Indien:** Unterstützt die Gewerkschaftskämpfe gegen die neoliberale Pläne der BJP-Regierung! Verteidigt die Frauenrechte in Indien! Mobilisiert gegen die reaktionäre Vergewaltigungskultur! Für bewaffnete Selbstverteidigungseinheiten von Frauen und fortschrittlichen Männern um Frauen zu schützen! Unterstützt den Kampf der Adivasi für gleiche Rechte!

* **Sri Lanka:** Keine Unterstützung für die bürgerliche Sirisena-Regierung oder für die Opposition, die von dem langjährigen reaktionären Machthaber Rajapaksa geführt wird! Unterstützt den nationalen Befreiungskampf des tamilischen Volkes!

* **Thailand:** Nieder mit der Militärdiktatur und der reaktionären, pro-monarchistischen „Gelbhemden“-Bewegung! Verteidigt die „Rothemden“-Bewegung gegen die Unterdrückung ohne die kapitalistische Thaksin-Führung politisch zu unterstützen! Für eine neue, unabhängige ArbeiterInnenpartei!

* Nieder mit der imperialistischen Aggression der USA und Südkorea gegen **Nordkorea!** Keine Unterstützung für die stalinistische Diktatur!



AktivistInnen der Vorläuferorganisation der österreichischen Sektion der RCIT bei der 1.Mai-Demonstration 2006 in Wien

* Öffnen **Europas** Grenzen für alle **Flüchtlinge**! Setzt der rassistischen und islamophoben Reaktion in Europa ein Ende! Für ein öffentliches Arbeitsprogramm mit Jobs für alle Flüchtlinge sowie alle einheimischen Arbeiter! Einheimische Arbeiter und Migranten - kämpft zusammen gegen den gemeinsamen Feind: die imperialistische, herrschende Klasse in EU und Russland sowie gegen die Diktaturen im Nahen Osten und in Afrika!

* **Griechenland:** Stoppt das imperialistische Spardiktat des EU-Memorandums! Nein zum Ausverkauf durch die SYRIZA-Regierung! Für eine Masseneinheitsfront gegen die faschistische Partei der Goldenen Morgenröte! Kämpft für gleiche Rechte der national unterdrückten Migranten und die überausgebeutete Schicht der griechischen Arbeiterklasse!

* **Spanien:** Stoppt die neoliberale Sparoffensive! Unterstützt den Kampf der Völker in Katalonien und im Baskenland für nationale Selbstbestimmung!

* **Portugal:** Zwingt die reformistische PS-Regierung die Sparpolitik zu stoppen! Für Massenmobilisierungen der Arbeiter und der Jugend! Aber keine politische Unterstützung für die Regierung!

* **Irland:** Stoppt die Sparoffensive! Verweigert die Zahlung der Wassergebühren! Freiheit für alle politischen Gefangenen in Irland! Für eine vereinte irische Arbeiterrepublik aller 32-Provinzen!

* **Britannien:** Nieder mit der Tory-Regierung! Für einen Generalstreik um das Sparprogramm zu stoppen und die Regierung zu Fall zu bringen! Keine Unterstützung für eines der beiden reaktionären Lager – pro-EU oder Brexit – beim EU-Referendum am 23. Juni: Wählt Weiß! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! Britische Truppen raus aus Nordirland!

* **Deutschland:** Verteidigt Migranten und Flüchtlinge gegen die rassistischen Angriffe!

* **Frankreich:** Nieder mit der sozialimperialistischen Hollande-Regierung, die von der „Kommunistischen“ Partei unterstützt wird! Für einen Generalstreik gegen die neoliberale Arbeitsrechtsreformen der Arbeitsministerin Myriam El Khomri! Gegen jedes „Notstands“-Regime und die Mobilisierung der Armee! Bekämpft Rassismus und Unterdrückung, die gegen muslimischen Migranten in Europa gerichtet ist!

* **Ukraine:** Nieder mit der rechten Regierung der Ukraine, die lediglich eine Marionette des US- und des EU-Imperialismus ist! Aber auch keine Unterstützung für die Führer der Donbass-Republiken, die Lakaien des russischen Imperialismus sind! Für gemeinsamen Widerstand gegen die neoliberalen Programme, die der IWF diktiert! Für das Recht auf Selbstbestimmung der russophilen Bevölkerung im Osten der Ukraine!

* **Russland:** Nein zum Putin-Regime! Gegen die Einschränkung demokratischer Rechte! Unterstützt den Kampf der Beschäftigten im Pflegebereich gegen Kürzungen! Verteidigt den heroischen Widerstand der Tschetschenen gegen die russischen Besatzungstruppen und ihren Lakaien Kadyrow!

* **USA:** Keine Unterstützung für einen Kandidaten (einschließlich Bernie Sanders) der beiden imperialistischen Parteien - die Republikaner und die Demokraten! Für eine neue Labor Party! Unterstützt die #BlackLiveMatters-Bewegung! Für die vollständige Gleichstellung der afroamerikanischen Minderheit sowie Latino-Migranten!

Revolutionärinnen und Revolutionäre müssen am Klassenkampf teilnehmen und alle notwendigen Taktiken damit kombinieren, ein Programm für die Arbeitermacht zu propagieren, die nur durch eine sozialistische Revolution erreicht werden kann. Ein solches Programm muss auf den Methoden aufbauen, die von Trotzki's Übergangsprogramm von 1938 skizziert wurden:

* Bildet Aktionskomitees an Arbeitsplätzen und in allen Lebensbereichen der Arbeiter! Säubert die Gewerkschaften von Bürokraten und den Helfershelfern der Kapitalisten! Für basisdemokratische Kontrolle über die Gewerkschaften! Baut revolutionär-kommunistische Fraktionen in den Gewerkschaften auf! Wandelt die Gewerkschaften in militante Werkzeuge für den sozialistischen Befreiungskampf der ArbeiterInnenklasse um!

* Für eine gleitende Skala der Arbeitszeit bis jeder beschäftigt ist und bei gleichbleibendem Lohn!

* Für das Recht auf Selbstbestimmung für alle national unterdrückten Gruppen, denen das Recht auf Abspaltung verweigert wird!

* Für revolutionäre Bewegungen von Frauen, Migranten, Schwarzen, Jugendlichen, Arbeitslosen und nationalen Minderheiten! Für das Recht der Unterdrückten in Arbeitermassenorganisationen und ihren Bewegungen einen Caucus zu gründen!

* Bildet Räte und Aktionskomitees der Arbeiter, Bauern und Armen um den Kampf zu organisieren!

* Für bewaffnete Milizen der Arbeiter und Unterdrückten!

* Enteignet die Kapitalistenklasse! Verstaatlicht die großen Unternehmen und Banken unter ArbeiterInnenkontrolle!

* Für eine Arbeiterregierung, verbündet mit den Bauern und städtischen Armen auf der Grundlage lokaler Räte und Milizen!

* Kämpft für neue ArbeiterInnenparteien und für eine neue Weltpartei der Sozialistischen Revolution!

Keine Zukunft ohne Sozialismus!

Kein Sozialismus ohne Revolution!

Keine Revolution ohne revolutionäre Partei!

Hinweis: Während die RCIT Russland und China als imperialistische Mächte einschätzt, ist die ALS zu diesem Thema noch in einem Diskussionsprozess.

Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz (Pakistan, Sri Lanka, Brasilien, Israel / Besetztes Palästina, Jemen, Tunesien, USA, Deutschland, Britannien und Österreich): www.thecommunists.net, rcit@thecommunists.net
Agrupación de Lucha Socialista (Mexiko): agrupacion.luchasocialista@gmail.com

Übersetzung der Stellungnahme: Marek Hangler

Was enthüllen die Panama Papers?

Kommentar von Michael Pröbsting, *Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz*, 4.4.2016

Die *Süddeutsche Zeitung* und das *Internationale Konsortium investigativer Journalisten (ICIJ)* haben ein riesiges, internationales Netzwerk von kapitalistischer Korruption und Steuerhinterziehung enthüllt. Die Journalisten stützen sich auf 11,5 Millionen (!) durchgesickerten, vier Jahrzehnte umfassenden, internen Dokumenten der in Panama beheimateten Anwaltskanzlei Mossack Fonseca, die überall auf der Welt anonyme Offshore-Konten verkauft. (Daher auch der Name „*Panama Papers*“) Kurz gesagt ist diese schäbige Anwaltskanzlei mit 214.488 Offshore-Entitäten verbunden, die Unternehmen, Politikern und Prominenten dabei helfen ihr Vermögen zu verstecken.

Laut den Journalisten weisen die Dokumente eine Verbindung von mindestens 12 aktuellen sowie ehemaligen Staatsoberhäuptern und weiteren 143 Politikern mit illegalen Finanztransaktionen nach. Unter ihnen finden sich der Vater des britischen Premierministers Cameron, enge Freunde des russischen Präsidenten Putin, der Präsident der Ukraine Petro Poroshenko, Angehörige des spanischen Königshauses, Islands Premierminister Gunnlaugsson, Argentiniens rechter Präsident Macri, Saudi Arabiens König Salman, der ehemalige Präsident Ägyptens Hosni Mubarak, zwei Cousins des syrischen Diktators Bashar al-Assad, das ehemalige libysche Staatsoberhaupt Muammar al-Gaddafi, und noch viele andere. Teil dieser globalen Verbrecherbande kapitalistischer Politiker sind ebenso mindestens acht im Amt befindliche sowie ehemalige Mitglieder des Wirtschaftsausschusses des chinesischen Politbüros inklusive dem jetzigen Präsidenten Xi, dessen Familienmitglieder unzählige Offshore Firmen besitzen.

Außerdem waren zahlreiche Banken, die das internationale Finanzsystem dominieren - wie UBS und HSBC - daran beteiligt die Existenz von Scheinfirmen für Klienten, die ihre Finanzen unter Verschluss halten wollten, vorzutäuschen (die Dokumente listen nahezu 15.600 solcher Scheinfirmen auf!).

Laut Gabriel Zucman sind etwa 6600 Milliarden US-Dollar in diesen Offshore-Firmen angelegt! Nahezu ein Drittel dieser astronomischen Summe wird in der Schweiz, im Herzen Europas, vermutet!

Diese neuen Enthüllungen zeigen kurzgesagt wieder einmal auf wie korrupt der Kapitalismus in allen Ländern auf der Welt ist und wie wenig er anders kann. Es zeigt auf wie heuchlerisch die westlichen Staatsmänner sind, wenn sie Korruption als ein spezifisches Problem armer Länder hinstellen, das angeblich ihrer Rückständigkeit verschuldet ist. In der Realität sind die Herrschenden und die Banker der reichen, imperialistischen Länder nicht nur mindestens genauso korrupt wie es ihre afrikanischen Kollegen sind. Sie sind vielmehr auch diejenigen, die das System der Offshore-Firmen entwickeln und schützen.

Die *Panama Papers* beweisen ebenso, dass Banken solange nicht kontrolliert werden können, solange sie im Privatbesitz sind. Das kann sich nur dann tatsächlich ändern, wenn die Arbeiterklasse die Banken verstaatlicht und sie unter ihre eigene Kontrolle stellt.

Ebenso ist wieder einmal bewiesen, dass jeder Staat von korrupten Politikern regiert wird. Das kann nur in einem sozialistischen System endlich überwunden werden, in dem alle politischen Funktionäre lediglich ein Durchschnittsgehalt verdienen und jederzeit von den Volksmassen abgesetzt werden können – sprich durch die Herrschaft der ArbeiterInnen und Unterdrückten, gestützt auf Volksräten und Volksmilizen, die sowohl die kapitalistische Klasse als auch ihre konterrevolutionären Streitkräfte besiegen.

Last but not least zeigen die *Panama Papiere* die Oberflächlichkeit der absurden Behauptungen von verschiedenen pro-russischen bzw. pro-China Sozialimperialisten auf, die meinen, dass Assad, Gaddafi, Xi und Putin in irgendeinerweise progressiv oder antiimperialistisch seien. Es ist auch ein Schlag für jene Phantasten, die China immer noch als „degenerierten Arbeiterstaat“ sehen während sich China in Wirklichkeit zu einem imperialistischen Land entwickelt hat, das von Millionären regiert wird, die einer reichen kapitalistischen Klasse dienen.

Es ist wichtig, dass marxistische RevolutionärInnen diese wertvollen Enthüllungen für ihre Propaganda und Agitation nützen, um der ArbeiterInnenklasse und den Unterdrückten dabei zu helfen die korrupten Mechanismen des weltweiten Kapitalismus zu verstehen. Auf dieser Grundlage wird es noch leichter sein die dringende Notwendigkeit der Enteignung der Superreichen, der Banken und Konzerne zu erklären, die ausschließlich über den Weg der sozialistischen Revolution möglich ist.

Die *Süddeutsche Zeitung* und das *Internationale Konsortium investigativer Journalisten (ICIJ)* veröffentlichen die Details des Skandals auf folgenden Webseiten:

<https://panamapapers.icij.org/>

<http://panamapapers.sueddeutsche.de/>



Vergewaltiger in Blau

Über die widerwärtigen Taten von UN-Soldaten

von Almedina Gunic, Revolutionär-Kommunistische Organisation BEFREIUNG

Wir leben in der Epoche des Imperialismus. Das bedeutet, dass einige sehr reiche Länder auf der Welt ihren Reichtum durch die Ausbeutung und Unterdrückung der Bevölkerung armer Länder dieser Welt gewinnen. Diese sehr reichen, imperialistischen Länder zeichnen sich unter anderem auch in ihren militärischen Taten aus. Dazu gehört nicht nur das Führen imperialistischer Kriege gegen Länder wie Afghanistan, Irak, Mali, Tschad und andere. Es gehört auch die permanente militärische Einmischung und Präsenz durch Soldaten imperialistischer Länder in den armen, halbkolonialen Ländern. Wie die herrschende Klasse in den imperialistischen Ländern selbst sind auch ihre Soldaten in diesen Einsatzgebieten – egal ob als „Hilfstruppen“ oder als offen kämpfende Soldaten – widerwärtig in ihrem Verhalten gegenüber den Armen und Unterdrückten. Kein Wunder also, dass Vergewaltigungen durch diese Soldaten an der Tagesordnung stehen. So sind die Blauhelme weltweit unter den Unterdrückten der betroffenen Halbkolonien bekannt als Vergewaltiger. Im letzten Jahr wurden mehr als 200 Vergewaltigungsfälle durch eben diese Blauhelme in Haiti bekannt. Größtenteils an minderjährigen Frauen, die nach der Vergewaltigung von den Soldaten Medikamente, Babynahrung, Lebensmittel und andere lebensnotwendige Mittel erhielten.

Anfang März diesen Jahres ist ein Bericht veröffentlicht worden in dem von Vergewaltigungen durch Blauhelme in 21 Ländern die Rede ist. Und das dürfte nur die Spitze des Eisbergs sein, da sich immerhin mehr als 125.000 Soldaten weltweit im Einsatz befinden und die Opfer nur in den seltensten Fällen die Möglichkeit bekommen auch nur an eine Anzeige zu denken geschweige denn sie wirklich durchführen zu können. Zudem haben die Soldaten die Vorgehensweise „Geschenke“ nach der Vergewaltigung

zu machen bewusst gewählt, um die Vergewaltigungen als „einvernehmlichen“ Sex im Austausch darstellen zu können. Wenn die jungen Frauen in ihrem Elend und in ihrer Verzweiflung tatsächlich der Vergewaltigung im Vorhinein zustimmen um lebensnotwendige Mittel zu bekommen, wird aus dieser widerwärtigen Tat nicht einfach „einvernehmlicher Sex“. Wenn ich einen Raubüberfall begehe und mir die „Erlaubnis“ der beraubten Person einhole indem ich ihr einfach die Pistole an die Schläfe halte und sie dabei frage ob sie mit dem Raub einverstanden ist, wird daraus auch nicht ein Tauschhandel. Nein, es bleibt ein Raubüberfall. Die Untersuchungen zu den Vergewaltigungen arbeiten allerdings genau damit, die Behauptungen auf einvernehmlichen Sex als wahrheitsgetreu zu werten. Das zeigt einmal mehr wie wenig Vertrauen wir als Unterdrückte und Ausgebeutete in die bürgerliche Justiz setzen sollten.

Wir von der Revolutionär-Kommunistischen Organisation zur BEFREIUNG fordern:

* UNO-Blauhelme sowie alle anderen militärischen Einrichtungen und angebliche „Hilfstruppen“ der imperialistischen Länder der EU, USA, Japan, Russland, China, usw. raus aus dem Kongo, Haiti, Kosova und allen anderen halbkolonialen Ländern!

* Für Geschworenengerichte, zusammengestellt aus den Reihen der Betroffenen, den Unterdrückten und der ArbeiterInnenbewegung, die als einzige das Recht haben über die Täter zu richten!

* Für Selbstverteidigungseinheiten von Frauen, unterstützt von der gesamten ArbeiterInnenbewegung und aller fortschrittlichen Organisationen, um sich aktiv gegen Vergewaltigung wehren zu können und den Blauhelmen Einhalt gebieten zu können!

Revolutionärer Kommunismus - deutschsprachiges Organ der RCI. Bestellungen über unsere Kontaktadresse!



Ungültig wählen, Widerstand organisieren!

Wahlaufruf zu den Bundespräsidentenwahlen 2016

Revolutionär-Kommunistische Organisation BEFREIUNG, 21.4.2016

1. Die österreichischen Bundespräsidentenwahlen werden in wenigen Tagen, am 24.4.2016 stattfinden. Die RKO BEFREIUNG gibt für diese Wahlen keine Form der Wahlunterstützung für die Kandidaten und die mit ihnen verbundenen Parteien. Vielmehr rufen wir alle klassenbewussten Arbeiterinnen und Arbeiter, alle Jugendlichen, Frauen und MigrantInnen auf, den Widerstand auf der Straße, im Betrieb und in den Schulen zu organisieren. Widerstand gegen den zunehmenden Rassismus und das Abwälzen der kapitalistischen Krise auf unserem Rücken. Das gestiegene politische Interesse in der Öffentlichkeit um die Bundespräsidentenwahlen ist eine gute Möglichkeit Massenmobilisierungen gegen Rassismus und Sozialabbau zu organisieren.

2. Gerade um die sogenannte „Flüchtlingsfrage“ findet eine starke Polarisierung in der ArbeiterInnenbewegung wie auch in der gesamten Bevölkerung statt. Die fortschrittlichsten Teile unserer Klasse zeigen uneingeschränkte Solidarität mit unseren Brüdern und Schwestern, die vor Hunger, politischer Verfolgung, Katastrophen und Krieg nach Europa flüchten. Diese besten Teile unserer Klasse sind die Avantgarde, die Speerspitze, im Kampf gegen die zunehmende Hetze gegen MigrantInnen und Muslime. Sie sind die Speerspitze im Kampf gegen die kapitalistische Krise und ihre Verursacher: Die Konzernherren und ihre Freunde in der Politik. Die Avantgarde unserer Klasse sagt heute umso deutlicher: *„Öffnet die Grenzen! Bleiberecht für Flüchtlinge – sofort und uneingeschränkt! Für die volle Gleichberechtigung der Migrantinnen und MigrantInnen!“*

3. Keiner der antretenden Kandidaten wird von diesem Teil unserer Klasse bei diesen Wahlen als ihr Sprachrohr angesehen. Ein rassistischer Norbert Hofer (Kandidat der FPÖ) kann ebensowenig wie seine rechtspopulistische Partei jemals eine Option sein für uns klassenbewusste Arbeiterinnen und Arbeiter. Ebensowenig ist der Kandidat der ÖVP, Andreas Khol, noch seine Partei jemals eine wählbare Option. Irmgard Griss ist eine bürgerliche Kandidatin, die ihre Unterstützung von den NEOs erhält – eine relativ neue, bürgerlich-liberale Partei, die für uns Arbeiterinnen und Arbeiter nichts anderes ist als ein liberaler Ableger der ÖVP mit besseren Fähigkeiten im politischen Ausnutzen von sozialen Medien (Facebook, Twitter, etc.). Als ehemalige Präsidentin des Obersten Gerichtshofs gehört Griss selbst zu den höchsten politischen Kreisen in Österreich. Und das sich kein Arbeiter und keine Arbeiterin mit nur einem funken Selbstachtung dazu herablassen würde einen Richard Lugner wegen den paar gratis Kinokarten zu unterstützen, versteht sich von selbst!

4. Tatsächlich ist für den voraussichtlich stimmenstarken FPÖ-Kandidaten Norbert Hofer wohl der von den GRÜNEN kommende Alexander Van der Bellen die größte Konkurrenz. Nicht nur in seiner Zeit bei den GRÜNEN war Van der Bellen unter den fortschrittlicheren Teilen des Kleinbürgertums beliebt. Seine Popularität geht schon lange darüber hinaus und reicht auch in die Reihen der

SPÖ-Wählerinnen und Wähler wie auch den liberaleren ÖVP-Wählern. Entsprechend viele Bemühungen hat Van der Bellen an den Tag gelegt sich als wählbare Option in diesen Kreisen zu präsentieren. Als klassenbewusste Arbeiterinnen und Arbeiter lehnen wir es in jedem Fall, auch in der wahrscheinlichen Version einer Stichwahl zwischen Hofer und Van der Bellen ab, letzteren zu unterstützen und würden auch in einer solchen zweiten Runde zur ungültigen Stimmenabgabe aufrufen. Die GRÜNEN und ihre Kandidaten haben sich als ehemals kleinbürgerliche Kraft, die sogar eine Reihe von selbstbezeichneten „Marxisten“ beherbergte rasch zu einer bürgerlichen Partei mit Öko-Anstrich entwickelt. Nicht nur hatten und haben sie niemals organische Verbindungen zu unserer Klasse beziehungsweise unterdrückten Schichten entwickelt. Sie haben auch schon zahlreiche Male bei ihrer Beteiligung an Landesregierungen gezeigt, dass sich ihre Politik wunderbar anpassen lässt an so gut wie jeden bürgerlichen Regierungskurs der von den größeren Parteien gefahren wurde. Wenn bei diesen Wahlen einige unserer Klassenbrüder und -schwestern auf die Idee kommen, Van der Bellen eine Stimme zu geben so wird das in den meisten Fällen an der purer Angst liegen, dass ansonsten ein FPÖ-Kandidat gewinnt oder an der trügerischen Illusion, dass die GRÜNEN wegen ihrem Image als „Multi-Kulti-freudige“ Partei vielleicht weniger scharf gegen Flüchtlinge vorgehen werden. In beiden Fällen wäre die Stimmabgabe an Van der Bellen aus den schon genannten Gründen dennoch eine falsche Entscheidung.

5. Die SPÖ stellt bei diesen Wahlen als Kandidat den ehemaligen ÖGB-Chef und späteren Sozialminister Robert Hundstorfer auf. Hat die SPÖ bei den Wahlen in Wien 2015 noch damit versucht zu punkten, dass sie eine „menschlichere Asylpolitik“ fährt als es die ÖVP oder die FPÖ, so ist das heute längst nicht mehr der Fall. Das Wahlkalkül der SPÖ bei den Wien-Wahlen im Oktober letzten Jahres war es in kurzer Zeit ihren massiven Rückstand in den Umfragen noch rechtzeitig zu den Wahlen abzubauen. Tatsächlich stand sie am Wahltag entgegen den ursprünglichen Prognosen nicht im Kopf-an-Kopf-Rennen mit der FPÖ und hatte innerhalb weniger Wochen zusätzlich mindestens 5% mehr an Wählerstimmen mobilisieren können. Doch dies geschah unter der Losung der Solidarität mit den Flüchtlingen. Eine Losung, die selbst wenn die SPÖ sie für die Bundespräsidentenwahlen erhoben hätte, ihr im Gegensatz zu den Wien-Wahlen letztes Jahr niemand mehr ernsthaft abkaufen würde. Damals, im Herbst 2015 schaffte es die SPÖ durch ihre pro-Flüchtlingshaltung bei zahlreichen fortschrittlichen ArbeiterInnen, MigrantInnen und Jugendlichen Illusionen zu schaffen. Revolutionäre mussten daran anknüpfen und durch eine kritische Wahlunterstützung in einen Dialog mit diesen Kolleginnen und Kollegen treten. Wir sagten: *„Wählt SPÖ, aber habt keine Illusionen in ihre verräterische Führung! Organisiert den Kampf auf der Straße und in den Betrieben!“* Heute, wo die SPÖ eine offene reaktionäre Haltung gegen Flüchtlinge

einnimmt, haben viele ArbeiterInnen, MigrantInnen und Jugendlichen ihre Illusionen – zumindest vorübergehend – verloren. Deswegen gibt es für uns als Kommunistinnen und Kommunisten auch keinen Grund der SPÖ bei diesen Wahlen eine kritische Wahlunterstützung zukommen zu lassen. Letztere gilt nur dann, wenn wir der Avantgarde unserer Klasse entgegenkommen indem wir die von ihr favorisierte Partei mit scharfer Kritik und klaren Forderungen verbunden wählen. Ist die SPÖ unter der Avantgarde so diskreditiert wie es aktuell der Fall ist, gilt es die Losung des Widerstandes und der Massenmobilisierungen aufrechtzuhalten und sie mit der Losung des „weiss wählen“ (der ungültigen Proteststimme) zu verbinden.

6. Die SPÖ hat in vielfacher Hinsicht hart daran gearbeitet, jegliche Illusion in der Avantgarde über ihre Flüchtlings- und MigrantInnenpolitik zu zerstören. Auch wenn die SPÖ nicht den von der ÖVP aufgeworfenen Begriff der „Obergrenze“ für die Zahl der Flüchtlinge aufgegriffen hat, sondern von einem „Richtwert“ spricht, so ist selbst für die obersten Bürokraten der SPÖ klar, dass es da keinen wirklichen Unterschied gibt. Entsprechend haben Sonja Wehsely, Sandra Frauenberger und Renate Brauner den Kurswechsel der SPÖ kritisiert. Darüberhinaus plant die SPÖ die „Residenzpflicht“ für Flüchtlinge, die eine extrem rückschrittliche Maßnahme ist. Ganz zu schweigen davon, dass ein Faymann die ÖVP-Politikerin Mikl-Leitner für ihre harte Asylpolitik in den Himmel gelobt hat und sie dafür sogar mit Blumen beschenkte. Selbst Häupl, der das Gesicht des Wiener Wahlkampfes gewesen ist hat Anfang dieses Jahres klar gemacht, dass Flüchtlinge verpflichtet werden müssen Deutschkurse zu besuchen oder sonst harte Strafen notwendig sind. Da er Geldstrafen für eine Illusion halte, sind die Strafen durch das Asylverfahren zu ziehen. Eine absolute Neuheit für Wien, da bisher der Besuch des Deutschkurses auf offiziell freiwilliger Grundlage stand. Geschweige denn der Ruf der Wiener SPÖ nach Abschiebeabkommen mit anderen Ländern und dem Aufstocken der Polizei. Real hat die SPÖ schon längst in Zusammenarbeit mit der ÖVP an den Grenzen härtere Kontrollen eingeführt bei denen auch auf Verdacht auf „Wirtschaftsflüchtlinge“ (und das sind alle, die dem eingeschränkten Verständnis der Grenzbeamten nach nicht aus Kriegsgebieten kommen) diese gar nicht erst ins Land gelassen werden. Aus all diesen Gründen hat der Wahlkampf des SPÖ-Kandidaten Hundstorfer auch nichts mehr mit einer angeblichen Solidarität mit Flüchtlingen zu tun.

7. Die größte Gefahr bei diesen Wahlen sehen viele klassenbewusste Arbeiterinnen und Arbeiter richtigerweise in einem potentiellen Sieg von Norbert Hofer. Tatsächlich wäre ein von der FPÖ gestellter Bundespräsident ein massiver Push für die Rechtspopulisten. Dieser kann nur durch Massenmobilisierungen auf der Straße verhindert werden. Spätestens wenn ein Hofer in die Stichwahl kommt, muss von Seiten der organisierten ArbeiterInnenbewegung eine Welle an Protesten, Demonstrationen und Streiks organisiert werden. Solche Proteste müssen unbedingt zentral organisiert werden von Gewerkschaften, fortschrittlichen Organisationen sowie – auf gleichberechtigter Grundlage – den fortschrittlichen Migrantengruppen, besonders denen aus den Heimatländern der Flüchtlinge (Afghanistan, Syrien, Ägypten, Palästina, Irak, etc.) und den größten hier lebenden

Migrantengruppen (türkischen, bosnischen/kroatischen/serbischen, polnischen, etc.). Massenmobilisierungen auf der Straße müssen sich dabei sowohl gegen Rassismus als auch gegen die kapitalistische Krise und ihr Auswälzen auf dem Rücken unserer Klasse richten. Dazu gehört auch die Stimmung, die derzeit gegen den korrupten Kapitalismus auf Grundlage der Panama-Papers stark geworden ist für die Mobilisierung zu nützen. Solche Proteste können einen Hofer als Bundespräsident verhindern.

8. Viele werden erst gar nicht zur Wahl gehen. Nicht nur, weil das Amt des Bundespräsidenten zu den undemokratischsten und überflüssigsten Ämtern gehört. Sondern vielmehr weil sie keinen Kandidaten als wählbare Möglichkeit ansehen. Es ist allerdings wichtig in diesen Zeiten das Mittel der bürgerlichen Wahlen zu nützen und in diesem Fall eine ungültige Stimme abzugeben. Doch eine Stimmabgabe ohne die entsprechenden Mobilisierungen auf der Straße und ohne den Aufbau von Anti-Rassistischen Komitees in Schule und Arbeitsplatz, in Dorf und Bezirk wird weder einen FPÖ-Kandidaten stoppen. Noch wird über den elektoralen Weg eine Alternative zur verräterischen SPÖ aufgebaut werden können. Es ist höchste Zeit eine Neue ArbeiterInnenpartei auf revolutionärer Grundlage aufzubauen! Eine solche Partei muss gerade heute nicht nur für die Rechte von MigrantInnen eintreten sondern – neben fortschrittlichen österreichischen ArbeiterInnen und Jugendlichen – auch zu einem großen Teil aus MigrantInnen bestehen! Nur auf diesem Weg können wir konsequent gegen Rassismus und die kapitalistische Krise ankommen. Am 24. April gilt: Gebt eine ungültige Stimme ab, aber belässt es nicht dabei. Eine Proteststimme darf nicht das Ende sein sondern höchstens der Anfang!



RCIT-Thesen zur Einheitsfronttaktik

Thesen zu den Prinzipien der Einheitsfronttaktik und ihrer Anwendung unter den heutigen Klassenkampfbedingungen

Dokument des Internationalen Exekutivkomitees der Revolutionär-Kommunistischen Internationalen Tendenz, 9 April 2016

Vorwort

Im Folgenden veröffentlichen wir die Grundsätze und Prinzipien der Revolutionär-Kommunistischen Internationalen Tendenz (RCIT) in der Frage der Einheitsfronttaktik. Diese Thesen verallgemeinern Erfahrung und die Weiterentwicklung von Position, die wir in den vergangenen Jahren gemacht haben. In einer in Kürze erscheinenden Broschüre wird Michael Pröbsting unsere Überlegungen zu diesem Thema ausführlicher darlegen.

Die vorliegenden Thesen bauen auf den entsprechenden Thesen unserer Vorläuferorganisation (Liga für eine Revolutionär-Kommunistische Internationale) auf, die wir im Januar 1994 angenommen hatten. Wir haben diese jedoch grundlegend überarbeitet, sodass der vorliegende Text ein neues Dokument darstellt. Abschließend weisen wir darauf hin, dass wenn im folgenden Text von der revolutionären Partei die Sprache ist, damit auch deren Vorstufen, also Parteaufbauorganisation, gemeint sind.

I. Charakter und Prinzipien der Einheitsfronttaktik

1. Die Grundprinzipien der Einheitsfront sind einfach. Sie dienen dem Ziel, dass Kommunisten ihren Einfluss in der Arbeiterklasse und den Unterdrückten ausweiten können – oder um es in den Worten der Kommunistischen Internationale auszudrücken „*Zu den Massen!*“. Die Grundprinzipien der Einheitsfront betreffen alle Abkommen zur begrenzten praktischen Aktion, die eine revolutionäre Partei mit anderen Organisationen des Proletariats, anderer ausgebeuteter Klassen oder ethnisch, national oder sexuell Unterdrückter schließt oder diesen vorschlägt. Sie können mit der militärischen Metapher „*Getrennt marschieren, vereint schlagen*“ zusammengefaßt werden. Damit wird die Kombination der politischen und organisatorischen Unabhängigkeit der proletarisch-revolutionären Kräfte und der Einheit in der Aktion gegen einen gemeinsamen Feind zum Ausdruck gebracht. Das Ziel der Einheitsfronttaktik ist a) die Herstellung der maximalen Einheit der Arbeiter und der Unterdrückten im Kampf gegen die herrschende Klasse und den Imperialismus sowie b) die Brechung der Vorherrschaft der nicht-revolutionären Führungen und die Gewinnung der Arbeiter und Unterdrückten für den von der revolutionären Partei geführten Kampf.

2. Diese Prinzipien regeln die Beziehungen zwischen der revolutionären Avantgarde und anderen Organisationen der Ausgebeuteten und der Unterdrückten im Kampf gegen Kapitalismus, Imperialismus und gegen alle Formen der Reaktion. Sie haben verschiedene Anwendungsbereiche. In erster Linie zielt die Einheitsfronttaktik auf gemeinsame Aktionen mit Massenorganisationen der Arbeiterklasse und in zweiter Linie mit Massenorganisationen anderer unterdrückter und ausgebeuteter Klassen und Schichten (z.B. arme Bauern, städtische Armut). In bestimmten Ausnahmesituationen kann die Einheitsfront sogar Teile der Bourgeoisie umfassen, wenn diese über Masseneinfluss verfügen und durch objektive Umstände gezwungen sind, gegen imperialistische Aggressoren, nationale Unterdrücker etc. zu kämpfen.

3. Die Einheitsfront, der Block oder die Allianz können verschiedene Phasen durchlaufen: den Aufruf, die Verhandlungen zwischen den Organisationen, die Schlie-

ßung eines Abkommens, ihre praktische Umsetzung und schließlich ihre Aufkündigung bzw. Auflösung. Nur in einer Minderheit von Fällen wird das Bündnis alle diese Stadien durchlaufen.

4. Die Einheitsfront als ein Bündnis, zu dem aufgerufen werden kann, ist von bloß episodischen, zufällig zusammentreffenden Aktionen zu unterscheiden, bei denen kein Abkommen über ein gemeinsames Ziel oder die taktische Koordination geschlossen wird. Solche zufällig zusammentreffenden Aktionen, wie etwa die Unterstützung eines gerechtfertigten Arbeiterstreiks durch eine faschistische Gewerkschaft, bedeuten in keinsten Weise die Befürwortung eines Bündnisses. Ebenso muß eine Einheitsfront von der bloßen Teilnahme an einer Massendemonstration unterschieden werden, deren politische Grundlage und deren Führung die revolutionäre Partei ablehnt und für die sie keine Verantwortung übernimmt. In diesem Fall befindet sich die revolutionäre Partei in keinem Block mit der Führung, unterstützt ihre Losungen nicht, sondern kritisiert sie und betreibt Propaganda und Agitation für ihre eigenen Losungen. Kurz gesagt, die Einheitsfront muß mit jenen Organisationen gebildet werden, mit denen das revolutionäre Proletariat prinzipiell befristete Vereinbarungen zur gemeinsamen Aktion schließen kann.

5. Eine andere Unterscheidung ist jene zwischen gemeinsamen politischen Aktionen und einem ausschließlich militärischen Block, einer Vereinbarung, die lediglich die Koordination von Kampfkräften gegen einen gemeinsamen Feind vorsieht. Derartige Vereinbarungen können in einer Kriegssituation mit bürgerlichen Kräften geschlossen werden, ohne in irgendeiner Weise eine Einheitsfront darzustellen. Unter anderen Umständen wiederum könnte jedoch ein militärisches Bündnis, z.B. die Bildung einer antifaschistischen Arbeitermiliz oder Allianzen während eines Bürgerkrieges, einen klaren Einheitsfrontcharakter haben. Die Rolle militärischer Mittel kann nicht das entscheidende Kriterium sein, um den Charakter solcher Blöcke zu bestimmen, da der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Die entscheidende Frage ist hier: welches Ziel hat der Block, mit wem wird er eingegangen? Problematischer ist die in manchen Sprachen

und nationalen Traditionen getroffene Unterscheidung zwischen einer eigentlichen *Einheitsfront* unter der eine längerfristige formale Vereinbarung wie eine Kampagne verstanden wird, und *gemeinsamen Aktionen oder „Aktions-einheiten“*, die auf ein Einzelereignis beschränkt bleiben. Was immer die Vorzüge dieser Begriffsscheidungen sein mögen, so ist klar, daß die Grundprinzipien der Einheitsfront für beide gelten.

6. Die zentrale Aufgabe der Einheitsfronttaktik ist die Herstellung möglichst enger Verbindungen zwischen der revolutionären Partei und der Arbeiterklasse in erster Linie und anderer unterdrückter Schichten in zweiter Linie. Solche Verbindungen müssen ständig gegeben sein. Doch sie sind gleichzeitig ständiger Änderung unterworfen, da auch der Klassenkampf selbst sowohl permanent stattfindet als auch seine Formen ändert. Die Einheitsfront ist somit eine „allgegenwärtige“ Taktik, das heißt, eine Taktik, die laufend in dieser oder jener Form, in dieser oder jener Arena des Klassenkampfes angewandt wird. Doch keine Form der Einheitsfronttaktik ist ein ständiger Teil der Strategie der revolutionären Partei. Die Einheitsfront selbst ist keine Strategie, sondern eine Taktik, oder, genauer, eine ganze Kategorie von Taktiken innerhalb der Gesamtstrategie des Proletariats. Bei der Anwendung dieser oder jener Form der Einheitsfront müssen Revolutionäre diese Gesamtstrategie und ihre Ziele im Auge behalten: die Erringung der Staatsmacht durch Räte und Milizen der Arbeiter und Bauern sowie die Schaffung einer weltweiten kommunistischen Gesellschaft mit den Mitteln der proletarischen Revolution. Dafür ist eine unabhä-

ngige, revolutionäre, bolschewistisch-kommunistische Partei eine unabdingbare Notwendigkeit. Nur eine solche Partei kann die vollständige Unabhängigkeit der Arbeiterklasse von der Bourgeoisie verkörpern und das Proletariat im Kampf für seine eigene Diktatur führen.

7. Doch um dies zu erreichen, müssen wir anfänglich kleine revolutionäre Kerne zu Massenparteien formen, die das Vertrauen breiter Schichten der Ausgebeuteten gewonnen haben. Heute aber unterstützt die große Mehrheit der Arbeiter weltweit nicht-revolutionäre, ja sogar konterrevolutionäre Organisationen. Revolutionäre müssen den Charakter dieser Organisationen bloßlegen und ihnen die Führung (oder, zutreffender, die Irreführung) des Proletariats und der Unterdrückten entreißen. Dazu reicht das bloß propagandistische Entlarven ihrer Fehler und Verbrechen nicht aus. Es ist notwendig, in der Praxis zu demonstrieren, dass die reformistisch, kleinbürgerlich-populistisch, oder zentristisch geführten Organisationen nicht wirklich in der Lage sind, die Interessen der Arbeiter und Unterdrückten zu verteidigen oder für sie zu kämpfen. Die revolutionäre Partei muß eine Reihe von Taktiken anwenden, um den Massen im Klassenkampf selbst zu zeigen, daß sie die einzige konsequente Partei der Arbeiterklasse ist. Die Partei selbst muß lernen, wirkliche Massenkämpfe anzuleiten, um sich als tatsächliche Führungsalternative unter Beweis zu stellen. Dabei muß sie sowohl ihre selbständige Initiative als auch ihre Fähigkeit zeigen, die eigenen Kräfte loyal mit denen anderer Massenorganisationen der Arbeiterklasse und der Unterdrückten zu koordinieren. So kann die Masse, die noch nicht für eine

Programm der RCIT

Das Revolutionär-Kommunistische Manifest

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort und Einleitung

1. Die Welt in der wir leben

2. Neue historische Periode revolutionären Charakters

3. Die Welt, für die wir kämpfen

4. Die Führung, die wir haben und die Führung, die wir brauchen

Der Kampf um die Gewerkschaften; Veränderungen in der ArbeiterInnenklasse; Aktionskomitees – Räte; Die demokratischen Protestbewegungen

5. Das Programm der Revolution

Aktionsprogramm zur Rettung der Menschheit vor dem kapitalistischen Elend

Streicht die Schulden! Enteignet die Banken und Spekulanten! Gegen Lohnkürzungen, unsichere Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitslosigkeit! Kampf der Inflation! Für die Anpassung der Löhne an die Inflation! Für Preiskontrollkomitees! Verteidigung der öffentlichen Dienstleistungen! Kampf der Privatisierung! Schluß mit dem „Geschäftsgeheimnis“! Für ArbeiterInnenkontrolle! Für ein öffentliches Beschäftigungsprogramm!; Kein Aus-

einanderdividieren - Gemeinsamer Kampf unabhängig von Nation und Standort!; Schluß mit Steuergeschenken für die Reichen! Enteignet die Superreichen!; Keine Verschlechterungen bei der Ausbildung! Bildung für alle unter Kontrolle der ArbeiterInnenklasse und Jugend!; Revolutionärer Kampf für Demokratie; Befreit die unterdrückten Völker aus den Klauen der Banken und Konzerne!; Unterstützt die nationalen Befreiungskämpfe unterdrückter Völker!; Kampf der Überausbeutung und nationalen Unterdrückung der MigrantInnen!; Kampf dem Faschismus; Rettet unseren Planeten von der kapitalistischen Klimakatastrophe!; Arbeitsplätze und Wohnungen für die Armen in den städtischen Slums!; Das Land den Bauern! Organisiert die LandarbeiterInnen!; Gemeinsamer Kampf für die Frauenbefreiung!; Kampf der sexuellen Unterdrückung durch Staat und Kirche!; Schluß mit der Unterdrückung der Jugendlichen!; Nieder mit Militarismus und imperialistischen Krieg!; Die Bewaffnung der ArbeiterInnenklasse und der Unterdrückten; Für eine ArbeiterInnen-Regierung, gestützt auf die armen Bauern und die städtische Armen; Durch den bewaffneten Aufstand zur Diktatur des Proletariats und zum Sozialismus! ■



revolutionäre Führung gewonnen ist, in den Tageskämpfen Vertrauen in die Kommunisten sammeln und durch Vergleich deren Vorzüge gegenüber der Halbherzigkeit und dem Verrätertum der reformistischen und kleinbürgerlich-populistischen Führer erkennen. Darin besteht die entscheidende Rolle, die die Einheitsfronttaktik für den Aufbau der revolutionären Partei spielt.

8. Der dauerhafte Erfolg einer korrekten Einheitsfrontpolitik besteht in der Aufdeckung der Beschränktheit des Reformismus, kleinbürgerlichen Populismus, Islamismus, Anarchismus, Syndikalismus, Zentrismus und diverser bürgerlicher und kleinbürgerlicher Ideologien und Programme innerhalb der Arbeiterklasse sowie schließlich der Ersetzung aller schwankenden und inkonsequenten Führungen durch revolutionär-kommunistische. In jeder Phase sollte die Einheitsfronttaktik die revolutionäre Organisation durch vermehrten Mitgliederzuwachs und breitere Verankerung in den Massenorganisationen stärken.

9. Die Einheitsfront ist jedoch nicht nur ein Mittel des Parteaufbaus. Sie ist eine Klassenkampfaktik, mit der die breitestmögliche Kampfeinheit der ausgebeuteten und unterdrückten Massen trotz deren politischer Differenzierung hergestellt werden soll. Der Zweck dieser Einheit ist es, die Angriffe der Bosse und der bürgerlichen Regierungen zurückzuschlagen und bessere ökonomische, soziale und politische Bedingungen für die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten auf eine Weise zu schaffen, die das Ziel des Sturzes des Kapitalismus näher rückt. In diesem Sinn entspringt die Einheitsfront in erster Linie den Bedürfnissen des Klassenkampfes. Daher reagieren Revolutionäre nicht nur auf Aufrufe zur gemeinsamen Aktion gegen den Klassenfeind, sondern initiieren selbst möglichst als erste einen solchen Aufruf, sobald der Klassenkampf die gemeinsame Aktion erfordert.

10. Aus diesen beiden Überlegungen ergibt sich einerseits, daß die Einheitsfronttaktik das Bestehen einer unabhängigen revolutionären Organisation voraussetzt, die auf einem Übergangsprogramm zur Erringung der Staatsmacht und zum Sturz des Kapitalismus basiert. Diese Partei muß sich an der Einheitsfront als eine selbständige „Abteilung“ beteiligen und darf sich nicht etwa in ihr auflösen. Zum anderen setzt die Einheitsfrontpolitik die Existenz breiter nichtrevolutionärer Massen unter dem Einfluß anderer politischer Kräfte voraus.

11. Die Einheitsfront kann nicht als ununterbrochene Folge von Aktionen mit ein und demselben politischen Partner bis hin zur und einschließlich der Ergreifung der Macht verstanden werden. Ihre wiederholte Anwendung ist nur ein Bündel von Taktiken im Rahmen der Gesamtstrategie der proletarischen Avantgardepartei. Diese Strategie umfaßt notwendigerweise auch selbständige Aktionen der Partei. Einheitsfronten werden in recht unterschiedlichen Formen fortwährend geschlossen und aufgekündigt. Niemals sollen sie zu einer systematischen Unterordnung der proletarischen Avantgarde unter eine beschränkte Plattform von Forderungen, die für die Führungen verschiedener nichtrevolutionärer Massenorganisationen akzeptabel sind, verkommen. Das würde bedeuten, das revolutionäre Programm selbst zur passiven Propaganda herabsinken zu lassen und die Agitation auf Tagesforderungen oder bestenfalls Übergangsforderungen zu beschränken.

Ultralinke und opportunistische Gefahren

12. Die Einheitsfront ist eine in sich differenzierte Einheit. Sie bedeutet einerseits gemeinsame Aktion für beschränkte, klar umrissene Ziele. Sie bedeutet andererseits aber auch schärfste Kritik an den Einheitsfrontpartnern. Ohne das eine können die kapitalistischen Angriffe nicht abgewehrt oder neue Erfolge erreicht werden. Ohne das andere aber wird weder das Erreichte gesichert, noch die Sache der Revolution weitergebracht. Die Fehler bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik beginnen, wenn diese differenzierte Einheit zugunsten einer formalen Identität zwischen den Aufgaben einer revolutionären Organisation und den begrenzten, unmittelbaren Tagesforderungen der Arbeiterklasse aufgegeben wird.

13. Ultralinkstum in der Einheitsfronttaktik entsteht immer dann, wenn das revolutionäre Programm in Gegenüberstellung zu jenen Forderungen entwickelt wird, die für die unmittelbaren Aufgaben entscheidend sind, die sich der Masse der Arbeiterklasse stellen. Ultralinke behandeln die Einheitsfront als ein Ultimatum, dessen Ablehnung durch Reformisten und Zentristen geradezu heraufbeschworen wird, in der falschen Hoffnung, daß sich diese dadurch entlarven würden. Diese „Entlarvung“ ist aber bloß literarischer Natur. In Wirklichkeit entlarven sich die reformistischen Führer nicht, weil sie keine revolutionäre Strategie oder Taktik verfolgen, sondern weil sie unfähig sind, für die unmittelbaren Bedürfnisse der Massen zu kämpfen. Die Sektierer vermeiden es jedoch aus Furcht, opportunistischen Versuchungen zu erliegen, sich im praktischen Terrain des Klassenkampfes zu beweisen.

14. Die Opportunisten wiederum orientieren ihre Kampfplattformen oder Einzelforderungen nicht an den objektiven Notwendigkeiten des Klassenkampfes, sondern daran, was das aktuelle Bewußtsein der Massen gerade sei oder - noch schlimmer - was deren Führer vermutlich zu akzeptieren bereit sind. Im Gegensatz dazu stehen Einheitsfrontplattformen, die Revolutionäre vorschlagen: Sie umfassen zwar in der Regel auch nicht das „volle Programm“, gehen aber deutlich über die feigen Vorschläge der reformistischen Führer und auch über das gesellschaftlich-durchschnittliche Massenbewußtsein hinaus. Gleichzeitig müssen die für die Einheitsfront vorgeschlagenen Losungen an das Bewußtsein der fortgeschrittenen Arbeiterinnen und Arbeiter anknüpfen, um sie für einen gemeinsamen Kampf und das Ausüben eines entsprechenden Drucks auf die reformistischen Führer gewinnen zu können. Das Ziel der Einheitsfront muß es sein, das aktuelle Bewußtsein der Massen (insbesondere ihrer fortgeschrittenen Schichten) mit den drängenden Aufgaben des Tages zu verbinden, die sich aus dem Charakter der Angriffe des Klassenfeindes ergeben. Die Losungen der Einheitsfront müssen es der revolutionären Avantgarde erlauben, die Massen in den Kampf zu führen.

15. Da die Einheitsfront keine Strategie ist, gibt es kein „Einheitsfrontprogramm“, das nahtlos von den heutigen Kämpfen bis zur Machtergreifung führe. Die revolutionäre Partei stellt jene Teile ihres Programms in den Vordergrund, die notwendig erscheinen, um größere Kräfte im praktischen Kampf zu vereinen. Ausgehend vom jeweiligen Charakter des Angriffs und dem Kräfteverhältnis der Klassen stellt sie konkrete Losungen und Forderungen auf, die in ihrer Gesamtheit zu einer Kampfeinheit führen,

um den Angriff zurückzuschlagen oder neue Fortschritte zu machen.

16. Der Charakter der Forderungen, für die in der Einheitsfront gekämpft wird, läßt sich nicht schematisch kategorisieren. Die Forderungen müssen spezifisch und klar umrissen sein. Alle künstlich aufgesetzten, nicht zur Sache gehörenden Forderungen oder ideologischen Einkleidungen, die nicht zur Erreichung des gemeinsamen Zieles dienen, müssen vermieden werden. Ein konkreter Einheitsfrontvorschlag kann durchaus nur einen Typ von Forderungen enthalten: z.B. unmittelbar ökonomische Forderungen, demokratische Forderungen, Übergangsforderungen. Oder er kann als Plattform verschiedener Forderungen angeboten oder geschlossen werden, die durch eine zusammenhängende Serie von Aktionen miteinander verknüpft sind, um einer besonderen Krise zu begegnen. Er kann aber auch nur aus einer einzigen Forderung bestehen. Einheitsfronten können demnach auf eine einzige Aktion beschränkt bleiben - z.B. einen Streik, eine bewaffnete Aktion -, sie können aber auch die Form einer längeren Kampagne annehmen. Zulässige Kritik an einem Einheitsfrontvorschlag kann nur darin bestehen, daß eine notwendige Aktionsforderung fehlt, für die die Massen gewonnen und durch die ihre Führer entlarvt werden können, falls sie die Forderung ablehnen. Dass zahlreiche revolutionäre Forderungen in einer Einheitsfrontplattform fehlen, kann nicht als zulässige Kritik gelten. Tatsächlich ist das Vorhandensein derartiger Forderungen in einer nicht-revolutionären Situation ein sicheres Zeichen für

passiven Propagandismus, Scholastizismus und Sektierertum. Unter den Bedingungen eines Massenaufschwungs im Klassenkampf ist es andererseits unabdingbar, für solche revolutionäre Forderungen als den besten Ausdruck der Einheitsfront zu kämpfen.

17. Die Forderungen müssen mit klaren und eindeutigen Kampfmethoden (z.B. Demonstrationen, Streiks, Selbstverteidigungsgruppen, bewaffnete Milizen) und Organisationsformen (z.B. Streikkomitees, Mobilisierungskomitees, Räte) verbunden werden. Die Einheitsfront kann so, abhängig vom Charakter des Angriffs, in Form und Dauerhaftigkeit variieren. Komitees, die eine Reihe verschiedener oder wiederholter Aktionen zur Erreichung des gemeinsamen Kampfziels koordinieren, sind Einheitsfrontorganisationen; in diesem Sinn ist die Einheitsfront mehr als die Aktion selbst (z.B. eine Demonstration), sondern schließt auch deren Vorbereitung und Bilanzierung ein.

Die Einheitsfronttaktik, die Arbeiterklasse und andere unterdrückte Schichten und Klassen

18. Mit welchen Kräften kann eine Einheitsfront oder ein Bündnis bzw. ein Block, welches/r auf Einheitsfrontprinzipien basiert, eingegangen werden? Darauf gibt keine ewiggültige Antwort. Es kommt auf die Situation, den Typ des jeweiligen Landes (imperialistisches Land, Halbkolonie, degenerierter Arbeiterstaat), die Ziele des Kampfes, die involvierten Klassenkräfte und den Grad der

Bücher der RCIT

Michael Pröbsting:

Griechenland – eine moderne Halbkolonie

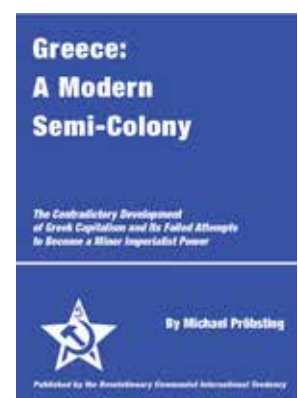
Die widersprüchliche Entwicklung des griechischen Kapitalismus, seine gescheiterten Versuche eine kleine imperialistische Regionalmacht zu werden und seine gegenwärtige Lage als entwickelte Halbkolonie mit einigen besonderen Merkmalen

Die RCIT veröffentlichte im Dezember 2015 ein neues Buch. Der Titel des Buches lautet: *Griechenland – eine moderne Halbkolonie*. Der Untertitel lautet: *Die widersprüchliche Entwicklung des griechischen Kapitalismus, seine gescheiterten Versuche eine kleine imperialistische Regionalmacht zu werden und seine gegenwärtige Lage als entwickelte Halbkolonie mit einigen besonderen Merkmalen*. Das Buch ist in englischer Sprache erschienen. Es umfasst 144 Seiten und beinhaltet 12 Tabellen, 35 Grafiken und 4 Karten. Der Autor des Buches ist Michael Pröbsting, der Internationale Sekretär der RCIT.

Kapitel I des Buches fasst die theoretische Konzeption des Marxismus bezüglich der Charakterisierung von imperialistischen bzw. halbkolonialen Ländern zusammen. Im Kapitel II legen wir einen kurzen historischen Abriss über die Entwicklung des griechischen Kapitalismus. Im Kapitel III setzen wir uns mit den Versuchen der Bourgeoisie seit Beginn der 1990er Jahren auseinander, Griechenland zu einer kleinen imperialistischen Regionalmacht aufsteigen

zu lassen. Anhand zahlreicher Statistiken legen wir das Scheitern dieses Unterfangens dar. Schließlich gehen wir in Kapitel IV auf die aktuelle historische Krise des griechischen Kapitalismus seit 2008 ein und legen dar, wie das Land von den imperialistischen Monopolen und Großmächten ausgeplündert wird. Im Kapitel V legen wir die wichtigsten programmatischen Schlussfolgerungen aus unserer Analyse dar. Im Abschlusskapitel fassen wir dann unsere Analyse in Form von Thesen noch einmal zusammen.

Das Buch kann über die Kontaktadresse der RCIT bestellt werden oder als pdf auf unserer Homepage heruntergeladen werden.



Klassendifferenzierung an. Als allgemeine Richtschnur gilt, daß Revolutionäre die Einheitsfronttaktik auf Kräfte ausrichten, die in der Arbeiterklasse und anderen unterdrückten Schichten und Klassen eine Massenverankerung besitzen (in der Regel reformistische oder kleinbürgerlich-populistische Organisationen; in Ausnahmefällen auch bürgerliche oder manchmal sogar auch zentristische Organisationen) und die objektiv im Gegensatz zu bzw. in einer Konfrontation mit reaktionären Kräften stehen (z.B. herrschende Klasse, imperialistische Mächte, rassistische oder faschistische Kräfte).

19. Die Volksfront ist ein Block zwischen bürgerlichen Kräften und Arbeiterorganisationen, in dem letztere Programme akzeptieren, die die Arbeiter in die vom Privateigentum vorgegebenen Grenzen zwängen und den bürgerlichen Staat verteidigen. Eine Einheitsfront unterscheidet sich von einer Volksfront nicht durch die Teilnahme offen bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Kräfte als solches, sondern durch die politische Unterordnung des Proletariats unter die Plattform der Bourgeoisie.

20. Solch ein Block kann genauso gefährlich sein, wenn er mit sehr schwachen bürgerlichen Kräften eingegangen wird (gewissermaßen mit dem "Schatten der Bourgeoisie"). Arbeiterparteien, die solche falschen Einheitsfronten "zur Verteidigung der Demokratie" schlossen, endeten bei der Verteidigung von Bourgeoisie und Kapitalismus gegen das Proletariat (Spanien 1936, Chile 1973, Griechenland 2015). Die Volksfront ist, wie Trotzki sagte, eine Schlinge um den Hals des Proletariats.

21. Keine Volksfront hat jemals dem Sozialismus den Weg bereitet. Im Gegenteil: Immer wieder haben Volksfronten der Konterrevolution gegen die Arbeiterklasse die Tore geöffnet. Wirkliche Trotzkiisten kämpfen stets gegen Volksfronten. Sie sind für die Einheit der Arbeiterklasse bzw. für das Bündnis der Arbeiterklasse mit den armen Bauern und der städtischen Armut und für die Unabhängigkeit von der Bourgeoisie. Wir stellen an alle Arbeiterparteien und Gewerkschaften, die von ihren Führungen auf den Weg der Klassenkollaboration und Volksfront geleitet werden, die Forderung, mit den Parteien der Kapitalisten zu brechen, die Rechte der Arbeiter zu verteidigen und den Kampf für die Arbeitermacht aufzunehmen. Solche Forderungen zum Bruch mit der Bourgeoisie richten sich ebenso an kleinbürgerlich-populistische Kräfte, die über eine Massenverankerung unter den Arbeitern und Unterdrückten verfügen (z.B. castro-chavistische Organisationen in Lateinamerika, bestimmte islamistisch-populistische Organisationen im Nahen Osten), wie dies auch schon die Bolschewiki gegenüber den Sozialrevolutionären in Rußland bis 1917 praktizierten.

22. Natürlich existieren bestimmte Unterschiede in der Anwendung der Einheitsfronttaktik sowohl zwischen den imperialistischen und den halbkolonialen Ländern als auch zwischen verschiedenen Ländern innerhalb dieser beiden Gruppen. In Westeuropa, Kanada sowie in Australien spielen bürgerliche Arbeiterparteien eine wichtige Rolle innerhalb der Arbeiterklasse, durchlaufen aber gleichzeitig einen massiven Verbürgerlichungsprozeß. In anderen imperialistischen Ländern existieren hingegen keine bürgerlichen Arbeiterparteien (USA, China, Rußland) oder nur schwache (Japan). In den Ländern des Südens (wo mittlerweile $\frac{3}{4}$ des Weltproletariats leben) existieren zumeist keine oder nur schwache bürgerliche Arbeiterpar-

teien (wichtige Ausnahmen sind Indien oder Südafrika). Hingegen spielen dort radikale (klein)bürgerlich-populistische Formationen oft eine einflussreiche Rolle innerhalb der Arbeiterklasse und der Unterdrückten. Kleinbürgerlich-populistische Formationen nehmen öfters auch einen wichtigen Platz unter den Migranten in den imperialistischen Ländern ein – einem massiv wachsenden Teil der Arbeiterklasse. In bestimmten Fällen können sogar neue kleinbürgerlich-populistische Kräfte in imperialistischen Ländern eine einflußreiche Rolle unter Teilen der Arbeiter und der Jugend spielen (z.B. Occupy-Bewegung, PODEMOS in Spanien)

23. In den Kolonien oder Halbkolonien existieren Bedingungen, unter denen sogar manchmal die nationale Bourgeoisie bzw. Teile von ihnen gezwungen sein kann, ein Bündnis mit den unterdrückten Klassen gegen reaktionäre Kräfte einzugehen. Dies gilt ebenso für bürgerliche Kräfte besonders unterdrückter Gruppen in den imperialistischen Ländern (z.B. Migranten, unterdrückte Nationen). Die nationale Bourgeoisie kann ihrerseits durch das imperialistische Großkapital kurzgehalten und ausgebeutet, durch nationalen Unterdrückung benachteiligt, durch eine imperialistische Militärintervention oder ein lokales Marionettenregime unterdrückt werden. Unter diesem Druck bedienen sich bürgerlich-nationalistische Parteien nicht nur einer antiimperialistischen Rhetorik, sondern können in seltenen Fällen auch in einen wirklichen Kampf gegen die Imperialisten und ihre Handlanger eintreten.

24. Zumeist ist es dann das radikale Kleinbürgertum, das sich in diesen Kämpfen – inkonsequent freilich – engagiert und mit dem das Proletariat daher eine demokratische oder antiimperialistische Einheitsfront eingehen kann. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß auch eine bürgerliche Partei mit einem starken plebejischen Anhang den gleichen Schritt macht. Unter dieser Voraussetzung kann auch diese zum möglichen Partner einer demokratischen oder antiimperialistischen Einheitsfront werden. Vorausgesetzt, die Arbeiterklasse bindet dadurch nicht ihre Hände, gibt den Kampf um die Macht nicht auf und stellt nicht die politische Unterstützung einer bürgerlichen Regierung in Aussicht, wäre eine solche Einheitsfront keine Volksfront.

25. Ebenso können in Halbkolonien (und unter ganz besonderen Umständen sogar in imperialistischen Ländern und degenerierten Arbeiterstaaten) politisch bürgerliche Kräfte, die einen plebejischen oder sogar proletarischen Massenanhang haben und systematische soziale Unterdrückung erleiden (z.B. ethnische oder nationale Minderheiten, Frauen), an auf Einheitsfrontprinzipien basierenden Aktionen teilnehmen, ohne daß es sich dabei um eine Volksfront handelt. Klarerweise wären die Zielsetzungen defensiv und sowohl nach Dauer und Umfang beschränkt.

26. Die Schlüsselfrage wäre, ob die Forderungen, für die solche Kräfte kämpfen, in dieser Situation ausreichend oder notwendig für den eigenen Kampf der Arbeiter und Unterdrückten sind. Bürgerliche Parteien der ethnisch oder national Unterdrückten oder bürgerliche Frauenorganisationen können in gemeinsame Aktionen oder Kampagnen eingebunden werden, vor allem dort, wo ihre Führungen das Vertrauen breiter Schichten der Unterdrückten, speziell der sozial unterdrückten Arbeiter

und Arbeiterinnen, genießen. Für die revolutionäre Partei bestünde das Ziel einer solchen gemeinsamen Aktion neben der Maximierung der Kräfte gegen die bürgerliche Reaktion darin, die proletarische Basis von der bürgerlichen Führung der Unterdrückten wegzubrechen. Die gemeinsame Aktion würde diese Führer und Führerinnen im Kampf entlarven.

Die Einheitsfronttaktik und die nicht-revolutionären Führungen der Arbeiter und Unterdrückten

27. Ob eine Einheitsfront zulässig oder nicht zulässig ist, hängt durchaus nicht vom „politischen Leumund“ der Führer der anderen Organisationen ab. Wenn die Einheitsfront mit proletarischen und bäuerlichen Massenorganisationen unter der Führung eines Kerenski, eines Noske, eines Chiang Kai-shek oder eines Stalin notwendig war, die für den Mord an revolutionären Arbeitern und Bauern verantwortlich waren, können wir die Einheitsfront mit den heutigen Führern und Führerinnen nicht ausschließen. Die Einheitsfront mit konterrevolutionären Führern ist ein notwendiges Übel. Daher der berühmte Ausspruch, daß die Einheitsfront „mit dem Teufel und seiner Großmutter“ geschlossen werden könne. Ein Einheitsfrontangebot ist kein Vertrauensvotum an diese Führung.

28. Die Freiheit der Kritik an diesen Führern und Führerinnen ist während der ganzen gemeinsamen Aktion ein unabdingbares Prinzip der Einheitsfront. Diese Kritik muß sich sowohl gegen die Schwankungen der Blockpartner beim Kampf um die Ziele der Einheitsfront als auch gegen ihre allgemeineren politischen Fehler richten. Daher soll es keine gemeinsame Propaganda geben, die ja nur um den Preis des Verschweigens wichtiger, ja entscheidender Unterschiede zwischen Reform und Revolution zustande kommen kann. Die einzig gestatteten Materialien sind gemeinsame Publikationen, die mit der Einheitsfront zusammenhängen (z.B. Bulletins von Streikkomitees, mobilisierende Flugblätter für Demos etc.) und die auf die Propagierung der Einheitsfrontforderungen und -ziele ausgerichtet sind. Das genaue Verhältnis von gemeinsamer Aktion und Kritik an den Einheitsfrontpartnern folgt keiner im Voraus festgelegten fixen Formel. Wir behalten uns das Recht vor, unsere Partner vor, während und nach der gemeinsamen Aktion zu kritisieren. Wann und wie wir dieses *Recht ausüben, hängt von der konkreten Einschätzung der gegebenen Umstände ab. Doch daß Kritik geübt wird, ist obligatorisch.

29. Ein Einheitsfrontangebot muss sich sowohl an die Basis als auch an die Führung richten. Wir lehnen die Idee der „Einheitsfront von unten“ als selbsterstörerische, ultralinke Falle ab. Könnten die Arbeiter und Arbeiterinnen durch einen solchen direkten, nur an sie gerichteten Appell dazu gebracht werden, mit ihren Führern zu brechen, würde überhaupt keine Notwendigkeit für die Einheitsfront bestehen. Der Zweck eines Einheitsfrontangebots an die Führer und Führerinnen ist es, diese in die Aktion hineinzuziehen. Durch diese Erfahrung können wir den Massen, anders als durch bloß literarische Entlarvungen, beweisen, daß die politischen Beschränkungen ihrer Führung fatal sind.

30. In der großen Mehrzahl der Fälle wird die Einheitsfront nur ein Angebot bleiben und es wird zu keinem formalen Bündnis schluß mit den reformistischen, populi-

stischen etc. Führern kommen. In diesen Fällen verbleibt die Einheitsfront auf dem Niveau einer populären, auf die Basis der nicht-revolutionären Organisationen zielenden Propagandakampagne.

31. Selbst dort, wo radikalisierte Arbeiter in einem gewissen Ausmaß erfolgreich von den Führern und Führerinnen weggebrochen wurden, bleibt die Einheitsfront für die Arbeiter und Arbeiterinnen, die ihnen weiter folgen, in vollem Umfang gültig. Die Einheitsfront von unten, die vor allem an die Basis gerichtet ist, kann manchmal notwendig werden, wenn ihre Führung es abgelehnt hat, gemeinsam mit den Revolutionären zu agieren. In diesem Fall muß die öffentliche Brandmarkung dieser Führer mit an die Basis gerichteten Aufrufen zur Aktion unter revolutionärer Führung einhergehen. Doch auch hier ist es Teil der Taktik, auf die reformistischen Führer einen Druck zum Handeln auszuüben, was, wenn es gelingt, nur den Effekt haben kann, immer breitere Arbeiterschichten für die Aktion zu gewinnen.

32. Die Einheitsfront zu brechen, kann ebenso wichtig sein, wie sie zu schließen. Sobald die Einheitsfront ihre Schuldigkeit getan, ihr Ziel erreicht oder verfehlt hat, muß sie entweder neudefiniert oder aufgekündigt werden und die Lehren müssen daraus gezogen werden. Folgende Umstände können den Bruch der Einheitsfront notwendig machen: Wenn die Einheitsfront nur als diplomatische oder akademische Übung weitergeführt wird und keine Verpflichtung zum Handeln beinhaltet; wenn die Einheitsfrontpartner die Einheitsfrontziele durch Passivität oder Kompromisse mit dem Klassenfeind sabotieren oder unterminieren; wenn sich die Einheitsfrontpartner weigern, die Ausweitung der Front auf andere Massenorganisationen ernsthaft zu verfolgen, sondern diese auf sektenhafte Proportionen beschränken. Aber gleichzeitig müssen Revolutionäre versuchen, den gemeinsamen Kampf mit der Basis weiterzuführen, selbst die Führung zu übernehmen und die besten Elemente aus den nicht-revolutionären Organisationen zu gewinnen.

33. Kurzfristige Blöcke mit kleinen zentristischen Organisationen ohne Masseneinfluss zum Zwecke der Organisierung praktischer Aktionen können durchaus legitim sein und unterliegen denselben Prinzipien wie die Einheitsfront. Sie können aber, wie Trotzki immer wieder betonte, aufgrund des fehlenden Einflusses dieser Organisationen in der Arbeiterklasse und Unterdrückten nicht wirklich als Einheitsfronten bezeichnet werden. Sie sollten für kleine kommunistische Aufbauorganisationen nur eine zweitrangige Rolle – gegenüber der auf die Massenorganisationen gerichteten Tätigkeit – spielen.

34. Obige Überlegungen müssen unbedingt beachtet werden, wenn eine Einheitsfront prinzipienfest sein soll. Doch sie allein garantieren weder die Prinzipienfestigkeit noch den Erfolg der Einheitsfront. Einzig die konkrete Analyse der konkreten Situation kann die korrekte Grundlage für einen Einheitsfrontvorschlag liefern. Führungsqualitäten und Erfahrung, erworben durch jahrelange Intervention in den Klassenkampf, sind erforderlich, um zu bestimmen, welche Einheitsfrontforderungen notwendig und zulässig sind und an welche politischen Kräfte diese zu richten sind. Jedoch können Revolutionäre viele grundlegende und unnötige Fehler vermieden werden, wenn sie den Sinn und die Grundprinzipien der Einheitsfront und ihren Platz in der revolutionären Gesamtstrategie verstehen.

II. Die verschiedenen Anwendungsbereiche und –formen der Einheitsfronttaktik

35. Die Einheitsfronttaktik wurde von den Bolschewiki entwickelt und erstmals 1922 vom Vierten Kongress der Kommunistischen Internationale (Komintern) kodifiziert. Zu dieser Zeit vererbte die revolutionäre Welle nach dem Ersten Weltkrieg. Weltweit war die Bourgeoisie in der Offensive und die jungen Kommunistischen Parteien hatten es in den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern verabsäumt, eine Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen. Gleichzeitig begann in den kolonialen und halb-kolonialen Ländern eine Welle eine Welle von anti-imperialistischen Befreiungskämpfen. In diesen Ländern stellte die Arbeiterklasse jedoch noch eine kleine Minderheit dar und bürgerliche Kräfte verfügten oft über großen Einfluss bei der Großteils kleinbürgerlich-bäuerlich geprägten Bevölkerung. Unter diesen Bedingungen entwickelten die Komintern die Arbeitereinheitsfronttaktik sowie die Taktik der anti-imperialistischen Einheitsfront.

36. Seit den 1920er und 1930er Jahren haben natürlich eine Reihe wichtiger Veränderungen stattgefunden. Während damals der Großteil des Weltproletariats in den alten imperialistischen Zentren beheimatet war, ist es heute umgekehrt und der Schwerpunkt des Proletariats hat sich in den Süden verlegt. Gleichzeitig kommt es zu einer immer größeren Spaltung innerhalb des Proletariats in den imperialistischen Metropolen zwischen der privilegierten Arbeiteraristokratie (der traditionellen Hauptstütze der reformistischen Parteien und Gewerkschaften) und der breiten Masse der Arbeiterklasse. Sozialdemokratie und Stalinismus durchliefen seitdem einen massiven Verbürgerlichungsprozess und wurden in den bürgerlichen Staat integriert. Gleichzeitig entstanden neue Schichten radikalisierten und zumeist junger Arbeiter und Unterdrückter. Allerdings fand auch eine massive Schwächung der authentisch revolutionären Kräfte statt und Radikalisierungen drücken sich heute oft in der Entstehung neuer populistischer oder radikal-reformistischer Formationen aus. Revolutionäre müssen diese Veränderungen aufmerksam studieren und in ihrem taktischen Arsenal berücksichtigen. Sie müssen die von der Komintern und später der Vierten Internationale entwickelten Methode auf die gegenwärtigen konkreten Verhältnisse anwenden und dabei Veränderungen berücksichtigen, welche politischen (klein)bürgerlichen Kräfte einen vorherrschenden Einfluss in der Arbeiterklasse und den unterdrückten Schichten ausüben. Klar ist, dass diese Entwicklungen die Anwendung der Einheitsfronttaktik keineswegs überflüssig, sondern sogar noch dringlicher macht.

37. Die marxistische Einheitsfronttaktik beinhaltet erstens die *Arbeitereinheitsfront*. Diese setzte sich die breitestmögliche Einheit der Arbeiterklasse im konkreten Kampf gegen die Bourgeoisie sowie das Wegbrechen des Proletariats von seinen reformistischen und populistischen Führern zum Ziel. Darüberhinaus gibt es auch die *demokratische oder anti-imperialistische Einheitsfront*. Diese zielt darauf ab, unter der Führung des Proletariats eine Allianz mit nicht-proletarischen unterdrückten Klassen im Kampf gegen die Reaktion (Rassismus, Diktatur, Imperialismus etc.) herzustellen und dabei die Führung den (klein)bürgerlichen Kräfte zu entreißen.

38. Diese Unterscheidung darf nicht in einem schematischen Sinne verstanden werden. Im wirklichen Leben gibt es oft Überschneidungen und Kombinationen mit Merkmalen beider Typen. In jedem Fall gelten, mit gewissen Ausnahmen, für alle Arten der Einheitsfront grundsätzlich die gleichen Prinzipien. Wie bereits oben erwähnt spielen bürgerliche Arbeiterparteien (Sozialdemokratie, Stalinisten, etc.) nur in relativ wenigen Ländern – v.a. in Westeuropa – eine zentrale Stellung in der Arbeiterklasse. Darüberhinaus verbürgerlichen diese Parteien in rasantem Tempo. Die Arbeitereinheitsfronttaktik zielt daher oft nicht nur auf klassisch reformistische Organisationen ab, sondern oft auch auf (klein)bürgerliche-populistische Kräfte, die über einen nennenswerten Einfluss in der Arbeiterklasse verfügen. Darüberhinaus gibt es zahlreiche politische Klassenkämpfe (gegen imperialistischen Krieg, gegen Rassismus, für demokratische Rechte etc.) die von ihrer Natur her nicht nur Organisationen der Arbeiterklasse, sondern auch anderer unterdrückter Schichten und Klassen mobilisieren.

Der Kampf um die proletarische Hegemonie in der Einheitsfront

39. Zentrale Aufgabe von Revolutionären ist es, in der Anwendung der Einheitsfronttaktik immer den Kampf für die proletarische Hegemonie ins Zentrum ihrer Aufmerksamkeit zu stellen. Dies bedeutet v.a. die Stärkung der revolutionären Kräfte auf Kosten der politisch bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräfte (Sozialdemokratie, Stalinisten, kleinbürgerliche Populisten, Islamisten etc.), die durch ihre politische Abhängigkeit von der Bourgeoisie ein Hindernis für die politische Klassenunabhängigkeit des Proletariats und der anderen unterdrückten Schichten darstellen. Darüberhinaus bedeutet es, die Bildung einer Allianz mit den bäuerlichen und anderer unterdrückter Schichten unter Führung des Rolle des Proletariats voranzutreiben.

40. Die Einheitsfronttaktik hält kommunistische Parteien dazu an, Forderungen an Reformisten, kleinbürgerlichen Populisten, Zentristen usw. zu stellen, um die Interessen und Organisationen der Arbeiter und der Unterdrückten gegen die Offensive der herrschenden Klasse zu verteidigen. Der Slogan der Komintern lautete '„*Getrennt marschieren, vereint schlagen*“'. Außerdem fordern die Kommunisten, dass die nicht-kommunistischen Organisationen der Arbeiterklasse sowie der Bauernschaft, städtischen Armut, unterdrückter Nationen, Migranten usw. (Parteien, Gewerkschaften etc.) mit der Bourgeoisie brechen und den Kampf um Arbeiter- und Volksräte und -milizen aufnehmen.

41. Das Ziel der Einheitsfront ist die größtmögliche Einheit im Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie bzw. einer Allianz des Proletariats mit seinen verbündeten unterdrückten Schichten gegen die herrschende Klasse und Imperialismus. In ihrem Zentrum steht der Kampf für die Klassenunabhängigkeit von der Bourgeoisie und imperialistischen Mächten. Ihr leitendes Prinzip ist die Aufforderung der revolutionären Partei an die reformistischen und populistischen Führer der bedeutenden oder

großen Organisationen der Arbeiter und Unterdrückten: „*Brecht mit der Bourgeoisie!*“ Sie kann daher sowohl für die eingeschränktsten defensiven Aktionen als auch für eine Offensive gegen die gesamte kapitalistische Ordnung Anwendung finden. In vorrevolutionären und revolutionären Situationen kann sie bis zur Aufforderung „*Brecht mit der Bourgeoisie; schlägt den Weg zum Kampf um eine Arbeiterregierung bzw. einer Arbeiter und Bauernregierung ein!*“ entwickeln.

42. Ein wichtiges Anwendungsgebiet der Einheitsfront sind die Gewerkschaften und ähnliche Massenorganisationen. Doch die Einheitsfront kann nicht auf die Gewerkschaften beschränkt werden, wie es die Bordigisten versuchten. Sie wendet sich mit gleicher Kraft – und in Zeiten des verschärften Klassenkampfes mit noch größerer Energie – den politischen Parteien zu, die behaupten, Arbeiterparteien zu sein bzw. die Interessen der Unterdrückten zu vertreten und die momentan auch tatsächlich nennenswerte Teile des Proletariats oder der Bauern und anderer unterdrückter Schichten organisieren. Das Ziel besteht hier darin, die reformistischen und populistischen Führer aus ihren Gewerkschaftsbüros, ihren Parlamentskämmerchen, von ihren Banketten und geheimen Treffen mit dem Klassenfeind heraus zu bringen und zur Teilnahme am Klassenkampf zu zwingen – d.h. zur Teilnahme an Massendemonstrationen, Streikposten und, unter revolutionären Bedingungen, sogar auf die Barrikaden. Die Tatsache, daß diese Führer erwiesenermaßen Agenten der Bourgeoisie sein können, kann kein Argument sein, ihnen die Einheitsfront nicht anzubieten. Maßgebend ist dabei, daß diese Verräter noch immer das Vertrauen von und die Kontrolle über große Massen des Proletariats besitzen und die revolutionäre Partei noch nicht das Vertrauen oder die organisatorische Führung dieser Massen gewonnen hat.

43. Revolutionäre sollten die Einheitsfronttaktik sowohl in den imperialistischen als auch in den halbkolonialen Ländern in erster Linie auf Arbeiterorganisationen bzw. Massenorganisationen mit starken Wurzeln in der Arbeiterklasse anwenden. Dies betrifft natürlich Gewerkschaften, Arbeiterparteien aber auch andere Organisationen (proletarische Frauen-, Migranten- oder Jugendorganisationen, etc.). Als Beispiele seien neben den Gewerkschaften und anderen proletarischen Massenorganisationen auch bürgerliche Arbeiterparteien (v.a. Sozialdemokratie, Stalinisten) ebenso wie neuere Arbeiterparteien (wie z.B. die frühere *Democratic Labor Party* in Südkorea oder die *Partido de los Trabajadores* in Bolivien) genannt. In den seltenen Fällen, wo Zentristen über Masseneinfluss verfügen, gilt es, diese Taktik auch auf sie anzuwenden (z.B. die FIT in Argentinien).

44. Darüberhinaus spielt die Einheitsfronttaktik auch im Kampf gegen den Faschismus eine zentrale Rolle (anti-faschistische Einheitsfront). Dabei muss jede faschistische Bewegung konkret bestimmt und von Formen des Rechtspopulismus und des Bonapartismus unterschieden werden. Der Faschismus zielt auf ein „*besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft*“ (Trotzki). Diese Art der Einheitsfront ist von anderen Formen der Einheitsfront (Kampf um Demokratie usw.) nicht zu trennen, es gelten dieselben Regeln und Prinzipien wie bei anderen Formen der Einheitsfront. Die autonomen und linkssektiererischen Ansätze neigen dazu, den antifaschistischen

Kampf aus ihrem Kontext (sozialer und demokratischer Kampf) herauszulösen. Daraus resultieren zwei grundsätzliche Fehler: a) Die Stellvertreterpolitik (antifaschistische Aktivisten ersetzen die revolutionäre Klasse) und b) Volksfrontszenarien (Einbeziehung von bürgerlichen Parteien und Kirchen, wobei diese einen starken politischen Einfluss in Bündnissen ausüben). Eine weitere Verirrung sind sogenannte „Querfront“-strategien, die gemeinsam mit Faschisten gegen das Kapital und seinen Staat kämpfen wollen. Eine Besonderheit der antifaschistischen Einheitsfront ist die Notwendigkeit, gegen faschistische Kräfte von Anfang an gemeinsame Selbstverteidigungsgruppen von ArbeiterInnen (egal ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht), MigrantInnen und Linken aufzubauen. Denn gegen faschistische Angriffe helfen weder Polizei noch Justiz, die im Gegenteil die Faschisten schützen.

45. In den halbkolonialen Ländern, bei unterdrückten Völkern sowie Migranten in den imperialistischen Metropolen kommt es auch oft vor, dass kleinbürgerliche Kräfte über großen Einfluss in der Arbeiterklasse verfügen. Als Beispiele seien genannt: diverse castro-chavistische Organisationen in Lateinamerika (die boliviarischen Parteien und Organisationen in Venezuela, Bolivien, Ecuador, populistische Massenorganisationen in Argentinien, etc.), bestimmte islamistisch-populistische Organisationen im Nahen Osten und Asien (z.B. Hamas, al-Qadri's PAT in Pakistan, diverse FSA und islamistische Rebellengruppen in Syrien, Libyen, Ägypten, die Houthis in Jemen), fortschrittlich-populistische Organisationen in Asien und Afrika usw.; die nordirische Sinn Fein/IRA vor deren Kapitulation 1998; Sinn Fein in der Republik Irland, die baskische HB und deren Nachfolgeorganisationen, CUP in Katalonien, etc.; zahlreiche Migrantenvereine in den imperialistischen Ländern, Organisationen der Schwarzen in den USA und Britanniens etc.

46. Darüberhinaus sollten Revolutionäre die Einheitsfronttaktik auch auf Massenorganisationen anwenden, die andere unterdrückte Schichten (z.B. arme Bauern, städtische Armut, untere Schichten der Intelligenzija usw.) repräsentieren. Beispiele dafür sind die MST oder diverse Favelas-Organisationen in Brasilien, kämpferische Bauernorganisationen in Afrika, diverse kleinbürgerlich-demokratische Gruppen in Ägypten oder Tunesien etc. Gleiches gilt auch für kleinbürgerlich-nationalistische und populistische Organisationen unterdrückter Völker (z.B. der palästinensischen Balad in Israel) und Migranten.

47. Weiters müssen Revolutionäre auch neue Entwicklungen berücksichtigen. In den letzten Jahren entstanden aufgrund des rapiden Verbürgerlichungsprozesses der traditionellen reformistischen Arbeiterparteien und dem Versagen des Zentrismus neue kleinbürgerlich-populistische Kräfte in imperialistischen Ländern. Beispiele dafür sind die Occupy-Bewegung 2011 und die daraus hervorgegangene Partei PODEMOS in Spanien. Diese Formationen können einen breiten Einfluss in der Arbeiterklasse und der Jugend erlangen. Revolutionäre sollten daher die Einheitsfronttaktik auch auf solche Formationen anwenden.

48. Räte (oder Sowjets) stellen die höchste Form der Einheitsfront dar. Sie treten in revolutionären Situationen in Erscheinung und widerspiegeln einen Widerspruch. Die Macht der Ausbeuterklasse, die oft die Form einer Volksfrontregierung annimmt auf der einen Seite und die

Macht der Arbeiterklasse auf der anderen Seite. Eines von beiden Lagern muss gewinnen und das andere zerschlagen. Sowjets ohne revolutionäre Führung werden von reformistischen, bürgerlichen, populistischen und zentristischen Kräften dominiert, die die Arbeiterklasse der Bourgeoisie unterordnen. Innerhalb der Sowjets kämpfen Revolutionäre um die Führung unter der Losung „*Alle Macht den Räten*“. Allerdings können in manchen Situationen andere Typen von Arbeitermassenorganisationen eine führende Rolle in der Revolution spielen. So kann es z.B. Aktionskomitees geben, die die Mehrheit der Arbeiterklasse repräsentieren, während sich die Räte, ein früheres Stadium der Kräfteverhältnisse widerspiegelnd, noch immer unter Führung der Reformisten und Zentristen befinden. Nach der Revolution stellen die Räte die Form der Herrschaft der Arbeiterklasse dar. Sie können eine sozialistische Koalitionsregierung von Kräften, die die Revolution verteidigen, bilden. Die Losung „*für Räte ohne Kommunisten*“ ist eine Losung der Konterrevolution.

Die Einheitsfronttaktik und bürgerliche Kräfte

49. Grundsätzlich liegt der marxistischen Taktik der Einheitsfront eine „anti-bürgerliche“ Stoßrichtung zugrunde, wie Trotzki im *Übergangsprogramm* betonte. Das heißt, es gilt die Organisationen der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten unterdrückten Schichten und Klassen allen Blöcken mit den Parteien oder individuellen Repräsentanten der Bourgeoisie entgegengesetzt. Das Proletariat weist natürlich für seine Aktionen die Unterstützung von sympathisierenden Individuen aus der Bourgeoisie nicht zurück. In den imperialistischen Ländern sind die bürgerlich-imperialistischen Parteien unfähig zu irgendeiner systematischen progressiven Aktion und Revolutionäre müssen sich gegen deren Teilnahme an der gemeinsamen Front der Organisationen der Arbeiter und Unterdrückten stellen. Sie weisen immer und unter allen Umständen jegliche Unterstützung für eine Regierung der reformistischen Arbeiterparteien mit den Parteien der Bourgeoisie, eine „linke Koalition“ oder Volksfront, zurück. Falls eine Pseudo-Einheitsfront oder Volksfront zwischen den Massenorganisationen der Arbeiter und den bürgerlichen imperialistischen Parteien gebildet wird, müssen Revolutionäre versuchen, Taktiken zu entwickeln, die geeignet sind, diese bürgerlichen Parteien auszuschließen, indem sie den Arbeitern demonstrieren, dass die bürgerlichen Parteien nicht in der Lage sind, Massenkämpfe zu führen, dass sie diese behindern und verraten, dass die reformistischen Führer immer die Notwendigkeit des Erhalts der Unterstützung der Bürgerlichen als Vorwand verwenden, um Kämpfen auszuweichen.

50. Im Falle von bürgerlichen Kräften in halb-kolonialen Ländern oder unter ethnisch oder national unterdrückten Schichten in den imperialistischen Ländern (z.B. Migranten, Schwarze, unterdrückte Nationen etc.) liegt die Sache etwas anders. Aufgrund der Unterdrückung durch den Imperialismus sind diese bürgerlichen Kräfte einem permanenten Druck von oben ausgesetzt. Gleichzeitig verfügen sie auch öfters über nennenswerten Einfluss unter den ArbeiterInnen und anderer unterdrückter Schichten wodurch sie wiederum auch von unten einem Druck ausgesetzt sind. In bestimmten Situationen kann daher die Anwendung der Einheitsfronttaktik auch auf solche bür-

gerlichen Kräfte gerechtfertigt sein. Als Beispiele seien genannt: die chinesische Kuomintang in den 1920er Jahren, die Baathisten als sie Widerstand gegen die US-Aggression leistete, die Muslimbruderschaft nach dem Putsch in Ägypten 2013, die Taksim's *Red Shirt*-Bewegung in Thailand während des Kampfes gegen die Putschisten usw. Im Falle eines Putschversuches würden Revolutionäre auch eine Volksfront- oder eine bürgerlich-populistische Regierung gegen die Konterrevolution verteidigen, ohne ihr jedoch politische Unterstützung zu gewähren (z.B. Allende in Chile 1973, die Regierung Morsi in Ägypten 2013, die Regierung der Taksim-Partei in Thailand 2006 und 2014 oder die die PT-Volksfrontregierung in Brasilien 2016).

51. Bei all dem dürfen Revolutionäre nicht vergessen, dass die Bourgeoisie der unterdrückten Völker den Kampf bei der nächstbesten Gelegenheit verraten wird. Revolutionäre sollten daher auf keinen Fall ihre eigenen Forderungen zurückstecken oder verbergen, um unsichere Verbündete aus dem Kleinbürgertum oder vereinzelte bürgerliche Prominente zu gewinnen. In den imperialistischen Ländern sind die bürgerlichen Schichten der Unterdrückten die Hauptkräfte des Kompromisses und der Preisgabe der Interessen der Unterdrückten. Das Proletariat muss versuchen, ihre Hegemonie zu brechen, ihre „Volksfronten“ aufzulösen und sie durch Bewegungen mit proletarischen Einheitsfrontcharakter unter der revolutionären Partei zu ersetzen. Dennoch kann es notwendig sein, mit bestehenden Volksfront-Kampagnen gemeinsame Aktionen zu organisieren und sogar an ihnen teilzunehmen, um die bürgerliche Hegemonie zu brechen.

52. Aufgrund ihres schwankenden und stets zum Verrat bereiten Charakter gibt es keinen „reservierten“ Platz der Bourgeoisie unterdrückter Völker und Schichten in der Einheitsfront, während Revolutionäre die Einbindung der plebejischen und ärmeren Teile des Kleinbürgertums aktiv anstreben. Niemals darf die Arbeiterklasse den Kampf für ihre ureigensten Klassenforderungen gegenüber dem nationalen Kapitalismus und der Bourgeoisie opfern, um eine Einheitsfront mit ihr zu ermöglichen. Dies wäre eine Volksfront.

53. Die anti-imperialistische Einheitsfront bedeutet keineswegs die Unterstützung sogenannter „anti-imperialistischer Regierungen“. Kommunisten und Kommunistinnen können unter keinen Umständen eine bürgerliche Regierung unterstützen, eine Regierung ihrer eigenen Ausbeuter. Jede Regierung, die behauptet, „*über den Klassen zu stehen*“ oder „*das Volk als Ganzes*“ zu repräsentieren, ist ein Täuschungsmanöver. Wir unterstützen jede ernsthafte Aktion einer solchen Regierung gegen den Imperialismus (z.B. die Verstaatlichung und Enteignung imperialistischen Besitzes) oder gegen einen rechten Staatsstreich. Die Arbeiterklasse und die Unterdrückten können den Kampf für demokratische Rechte unterstützen, insofern diese ihnen die Organisation und Entwicklung ihres revolutionären Kampfes erleichtern. Aber solche Kämpfe und Forderungen dürfen niemals eine sich selbst genügende und beschränkende Etappe darstellen. Selbst das freieste Parlament muss durch Sowjets ersetzt werden, und die demokratische Republik durch die proletarische Diktatur.

54. Kommunisten und Kommunistinnen würden militärische Aktionen gegen den Imperialismus unterstützen und an ihnen teilnehmen (z.B. in Nicaragua gegen die Contras, in Argentinien – im Krieg um die Malvinas

– gegen Großbritannien, in Afghanistan und Irak gegen die imperialistischen Aggressoren, in Palästina gegen den Zionismus). Sie treten dabei für die Bewaffnung der Arbeiter und Unterdrückten und für demokratisch kontrollierte Arbeiter- und Volksmilizen ein. Auch in einem Bürgerkrieg gegen eine Diktatur können sich Kommunisten an einer militärischen Einheitsfront beteiligen, möglichst als eine unabhängige bewaffnete Einheit, und eine gemeinsame Disziplin im Kampf akzeptieren. Wir stellen fest, dass eine militärische Einheitsfront eine Form der Einheitsfront ist, die sich von gemeinsamen Aktionen für politische Ziele nicht qualitativ unterscheidet. Wenn wir für den militärischen Sieg solcher Bewegungen eintreten, die gegen den Imperialismus oder seine Handlanger kämpfen, unterstützen wir jedoch nicht den Sieg ihres politischen Programms. In einer solchen Einheitsfront kämpfen wir für unser eigenes Programm und versuchen, die Arbeiter und armen Bauern von der Bourgeoisie wegzubrechen und sie zum Kampf für die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung zu führen.

Die Einheitsfronttaktik und die Regierungslosungen

55. Die Taktik der Einheitsfront umfasst auch die Forderung an die „Parteien der kleinbürgerlichen Demokratie“ (Trotzki) – also Sozialdemokratie, Stalinisten, kleinbürgerliche Populisten – mit der Bourgeoisie zu brechen und den Kampf für eine Arbeiter- und Bauernregierung bzw. eine Arbeiterregierung (in den meisten imperialistischen Ländern) aufzunehmen. In Zeiten der akuten politischen Krise kann dies zur wichtigsten Tagesforderung werden. Was ist eine echte Arbeiter- und Bauernregierung? Eine, die entschlossene Aktionen durchführt, um die Bourgeoisie zu entwaffnen und die Arbeiter und Bauern zu bewaffnen; eine, die die Arbeiter und Bauern im Kampf unterstützt, die Schalthebel der Macht im Kapitalismus – die Banken und großen Industriemonopole – in die Hand zu nehmen. Ein solcher Schritt kann natürlich nicht auf der Ebene der Wahl- und Parlamentspolitik durchgeführt werden. Den reformistischen Arbeiter und Bauern, die Illusionen in den Parlamentarismus haben, sagen wir: *„Wählt Eure Partei an die Macht, zwingt sie, diese Maßnahmen zu ergreifen; aber Ihr müsst Eure Gewerkschaften und Parteien für die unausweichliche Erklärung des Bürgerkriegs durch die Bourgeoisie mobilisieren, falls Eure Führer irgendwelche ernste Maßnahmen gegen das Privateigentum ergreifen. Wir werden den Wahlsieg Eurer Partei kritisch unterstützen und gegen die Attacken der Bourgeoisie verteidigen.“* Zu den zentristischen Arbeitern, die glauben, daß eine Kombination von parlamentarischem Sieg und unabhängiger Massenmobilisierung ausreicht, sagen wir: *„Es ist selbstmörderisch, die Massenaktionen der Arbeiter an einen Wahlkalender zu binden, an die Anerkennung parlamentarischer Mehrheiten und Minderheiten und im Namen des Respekts vor der Verfassung auf den Angriff auf die bewaffneten Arme des Staatsapparats zu verzichten.“* Einer „Arbeiter- und Bauernregierung“, die nicht die Soldaten für ihre Seite gewinnt oder die Waffen den Händen der bürgerlichen Offizierskaste entreißt, die keine Arbeiter- und Bauernmiliz bewaffnet und die Polizeikräfte nicht auflöst, wird nur ein kurzes Leben beschieden sein.

56. Zwei zentrale Bedingungen müssen erfüllt sein, wenn Kommunisten und Kommunistinnen die Machtergreifung einer nicht-revolutionären politischen Kraft un-

terstützen. Erstens muß es sich um eine Massenorganisation der Arbeiterklasse bzw. der Unterdrückten handeln. Zweitens müssen die Kommunistinnen und Kommunisten klar machen, daß sie in politischer Opposition zu dieser Kraft bleiben werden. Revolutionäre würden eine solche Regierung gegen Umsturzversuche von rechts verteidigen, gewähren ihr jedoch keine politische Unterstützung und würden nur jenen Regierungsmaßnahmen zustimmen, die tatsächlich im Interesse der Arbeiter und der Unterdrückten liegen.

57. Unter bestimmten, außergewöhnlichen Umständen können die Kommunisten eine Regierung mit nicht-revolutionären Kräften der Arbeiter und Bauern bilden. Eine solche Regierung wäre noch keine Form der Diktatur des Proletariats. Wie jedoch schon die Kommunistische Internationale klar machte, können Kommunisten an einer solchen Regierung unter bestimmten strengen Bedingungen teilnehmen. Diese Regierung muss sich auf Arbeiter und Bauernräte sowie -milizen stützen. Sie würde sofort die Bourgeoisie angreifen und als Klasse entwaffnen; sie würde die Arbeiterkontrolle der Produktion einführen und den Kommunisten und Kommunistinnen volle Freiheit der Kritik an den Maßnahmen der Regierung erlauben. In einer solchen Regierung könnten die Kommunisten in der Minderheit sein. Kurzum: Derartige Regierungen sind revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung, eine Übergangsform zu der Diktatur des Proletariats selbst. Die Kommunisten würden versuchen, diese neue Position dazu zu nutzen, um den Sturz der Kapitalistenklasse zu vollenden und eine neue revolutionäre Diktatur der Arbeiterklasse zu errichten.

58. Es wäre aber völlig falsch zu glauben, dass Revolutionäre für Regierungen der Parteien der kleinbürgerlichen Demokratie als eine notwendige und unvermeidliche Stufe kämpfen müssen. In bestimmten Fällen jedoch rufen Kommunisten nicht-revolutionäre Parteien der Arbeiterklasse und der Bauernschaft auf, eine Regierung zu bilden. Sie verknüpfen diese Unterstützung mit einem konkreten Übergangsprogramm (Enteignung der Bourgeoisie, öffentliches Beschäftigungsprogramm usw.) sowie der Forderung, dass sich diese Regierung auf Mobilisierungen und Massenorganisationen der Arbeiter und Unterdrückten stützen soll (Räte, Gewerkschaften etc.). Dabei hören Revolutionäre aber nicht auf, die Arbeiterklasse und die armen Bauern zu warnen, dass sie eine solche bürgerliche Arbeiter- und Bauernregierung von nicht-revolutionären Parteien den kapitalistischen Staat erhalten und wieder auf die Beine helfen wird. Wir werden niemals für eine Regierung von bürgerlichen Kräften aufrufen, noch für eine Koalition zwischen Arbeiter- oder Bauernparteien und solchen Kräften.

59. Die Taktik der Einheitsfront umfasst auch den möglichen Eintritt von Kommunistinnen und Kommunisten in nicht-revolutionäre – reformistische, kleinbürgerlich-populistische oder zentristische – Parteien (Entrismus-Taktik). Diese Taktik ist unter bestimmten Bedingungen legitim: wenn diese Parteien einen nennenswerten Sektor sich nach links radikalisierender Arbeiter, Unterdrückter oder Jugendlicher organisieren und die Möglichkeit gegeben ist, offen für das revolutionäre Programm zu kämpfen. Ein solcher Entrismus darf jedoch nicht von langer Dauer sein, da die Parteiführung eine konsequent kommunistische Opposition nicht dulden wird und ein

weiterer Verbleib in der Partei nur durch opportunistische Anpassung erkauft werden kann. Dies unterstreichen die Erfahrungen diverser zentristischer Gruppen, die sich jahre- oder sogar jahrzehntelang in solchen Parteien einnisteten. (z.B. CWI früher und IMT bis heute, Morenoisten in ihrer peronistischen Phase, Lambertisten usw.)

Die Einheitsfronttaktik bei den Wahlen

60. Revolutionäre sollten nach Möglichkeit die Taktik der Einheitsfront auch bei Wahlen anwenden. Denn Wahlen sind ein, gerade auch in klassenkampfarmen Zeiten, wichtiges Feld der politischen Klassenseinsetzung. Revolutionäre streben an, bei der Teilnahme der klassenbewussten Teile des Proletariats am Wahlkampf sowie den Wahlen selber nicht abseits zu stehen, sondern mit entsprechenden Taktiken einzugreifen. Das heißt, dass wir, wenn eine Kandidatur von revolutionären Kommunisten nicht möglich ist, bei den Wahlen die Kandidaten der proletarischen Massenorganisation unterstützen, insbesondere derer, die die Unterstützung der kämpferischsten Teile unserer Klasse genießen. In der Regel bedeutet dies, dass die kritische Wahlunterstützung für nicht-revolutionäre Arbeiterparteien ein legitimes Mittel ist, um so den klassenbewussten Arbeitern zu helfen, ihre Illusionen in die reformistische Führung zu verlieren. Allerdings darf auch diese Taktik nicht schematisch angewandt werden. In Situationen, wo eine bürgerliche Arbeiterpartei (für gewöhnlich als Regierungspartei) sich als Einpeitscherin bzw. Exekutorin schwerer Angriffe auf die Arbeiterklasse erweist – Austeritätsprogramme, imperialistischer Krieg, rassistische Hetze, Angriff auf demokratische Rechte o.ä. – ist es notwendig, dass Revolutionäre nicht zur Wahl dieser Partei aufrufen um so der Avantgarde bei ihrem politischen Ablösungsprozess von dieser Partei zu helfen. Dies bedeutet im konkreten, entweder für die kritische Wahlunterstützung einer anderen, den Willen der fortgeschrittenen Arbeiter und Unterdrückten zum Kampf besser widerspiegelnde Partei aufzurufen oder, wenn eine solche nicht bei den Wahlen antritt, für eine ungültige Stimmabgabe aufzurufen.

61. In Ländern, in denen keine Arbeiterparteien (auch keine reformistischen) existieren oder in denen die bestehenden bürgerlichen Arbeiterparteien bereits derartig degeneriert sind, dass sie relevante Teile der Avantgarde abstoßen, rufen Revolutionäre die Arbeiteravantgarde und die Massenorganisationen zum Aufbau einer *neuen Arbeiterpartei* auf. Dabei sind auch Zwischenschritte denkbar wie die Unterstützung von Revolutionären für Allianzen in diese Richtung oder die Gründung von neuen Organisationen besonders unterdrückter Schichten (z.B. Migrantenorganisationen), die dann auch eventuell bei Wahlen antreten können.

62. Die Losung einer *Arbeiterpartei* stellt eine besondere Form der Anwendung der Einheitsfronttaktik dar. Sie wird von kleinen kommunistischen Organisationen gegenüber reformistischen Organisationen mit einer Massenunterstützung innerhalb der Arbeiterklasse (z.B. Gewerkschaften,) in Ländern angewandt in denen keine große bürgerliche Arbeiterpartei existiert. Eine solche Arbeiterpartei muss von kapitalistischen und kleinbürgerlichen Parteien unabhängig sein und sollte bei den Wahlen gegen diese antreten. Eine solche Taktik kann Erfolg ha-

ben in Periode des intensiven Klassenkampfes Erfolg haben wie wir sie in der nächsten Zukunft erwarten können. Kommunisten rufen nicht zur Bildung einer reformistischen Partei auf, sondern kämpfen für die Annahmen eines vollständigen Übergangsprogrammes als dem Programm dieser Partei. Eine solche Partei ist keine Propagandablock, der die politischen Verbrechen der Reformisten und Zentristen verschweigt. Innerhalb der Partei bilden die Kommunisten eine revolutionäre Tendenz auf der Grundlage eines vollständigen revolutionären Programms. Eine solche Tendenz strebt die Führung in einer solchen Arbeiterpartei an in dem sie die politischen Verbrechen der Reformisten und Zentristen in den aktuellen Klassenkämpfen anprangert. Dabei wird sie die jeweils wesentlichen Minima- und Übergangslösungen aufstellen, die die Einheit der Arbeiter und Unterdrückten im Kampf gegen den kapitalistischen Klassenfeind ermöglichen. Eine solche Partei kann und soll die Einheitsfronttaktik mit anderen Kräften gegen den gemeinsamen Feind auf der Grundlage des Prinzips „*getrennt marschieren, vereint schlagen*“ anwenden.

63. Dort wo es keine Arbeiterparteien mit Massenbasis gibt bzw. diese einem massiven Verbürgerlichungsprozess unterliegen und gleichzeitig kleinbürgerlich-populistische Parteien mit Masseneinfluss unter den Arbeitern bzw. den Unterdrückten existieren, ist auch eine kritische Wahlunterstützung für letzere legitim. Eine solche Praxis haben beispielsweise die Bolschewiki gegenüber den kleinbürgerlich-populistischen Parteien der Trudowiki und der Sozialrevolutionäre in Russland angewandt, später die Komintern gegenüber populistischen Kräften in Mexiko in den frühen 1920er Jahren oder auch die US-amerikanischen Trotzisten gegenüber der Farmer-Labor-Party in den 1930er Jahren. Heute können dies kleinbürgerliche-populistische Parteien in Halbkolonien sein (z.B. Morales und die MAS bei der ersten Wahl 2005, Julius Malemas EFF in Südafrika, Sinn Fein in der Republik Irland, die palästinensische Balad sowie die Unity List in Israel etc.); dies können kleinbürgerlich-nationalistische Parteien unterdrückter Nationen sein (z.B. kämpferische Parteien der Tamilen wie die TNA in Sri Lanka, die nordirische Sinn Fein/IRA vor deren Kapitulation 1998, die baskische HB und deren Nachfolgeorganisationen, CUP in Katalonien, etc.); und dies können auch neue kleinbürgerlich-populistische Parteien in imperialistischen Ländern wie George Galloways RESPECT in Britannien sein.

64. Diese kritische Wahlunterstützung geben wir solchen nicht-revolutionären Parteien, während wir gleichzeitig ihre bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen Programme denunzieren und sie auffordern, mit den Kapitalisten zu brechen und diese nicht nur in Worten, sondern auch in Taten zu bekämpfen. Niemals aber können wir zur Wahl oder die Machtergreifung von Parteien bzw. Kandidaten der Bourgeoisie – weder in den imperialistischen noch in den halbkolonialen Ländern – aufrufen. Revolutionäre Marxisten treten für eine Arbeiter- und Bauernregierung und nicht eine Arbeiter-, Bauern- und Teile der Bourgeoisie-Regierung ein. Dies wäre nämlich eine Volksfrontregierung. Solch offen bürgerliche Parteien sind Vertreter der unmittelbar herrschenden Klassen, gegen die Revolutionäre die Arbeiter und Unterdrückten zu mobilisieren trachten. Eine elektorale Unterstützung für eine solche

Partei wäre daher kein Schritt in Richtung Klassenunabhängigkeit, sondern in Richtung Unterordnung des Proletariats und der Unterdrückten unter die Bourgeoisie. Wir würden alle Arbeiter- bzw. Bauernparteien auffordern, mit bürgerlichen Kandidaten, die in ihren Listen aufscheinen, oder mit einer Volksfrontliste zu brechen. Unter bestimmten Umständen können wir jedoch auch für die Kandidaten einer Arbeiter- bzw. Bauernpartei auf einer Volksfrontliste stimmen, indem wir nicht für die bürgerlichen Kandidaten stimmen bzw. diese von der Liste streichen.

Zusammenfassung

65. Zusammengefasst: die Einheitsfronttaktik ist ein zentrales Mittel der bolschewistisch-kommunistischen Organisation, i) um für die breitestmögliche Einheit der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten unterdrückten Schichten und Klassen zu erringen und ii) um gleichzeitig dahingehend zu wirken, die unheilvolle Vorherrschaft der reformistischen, kleinbürgerlich-populistischen oder zentristischen Führungen abzulösen und durch eine entschlossen revolutionäre Führung zu ersetzen. Wichtigste Voraussetzung dafür ist ein klares, unabhängiges Profil der revolutionären Kommunisten und der erfolgreiche Aufbau einer bolschewistischen Kampforganisation.

Bücher der RCIT

Michael Pröbsting: Der Aufbau der revolutionären Partei in Theorie und Praxis

Die RCIT veröffentlicht die deutsche Übersetzung des Buches von Michael Pröbsting über Theorie und Praxis des revolutionären Parteaufbaus. darin legt der Autor das Verständnis *Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz* (internationale Abkürzung: RCIT) der leninistischen Parteitheorie und ihrer Anwendung unter den heutigen Bedingungen dar.

Anlass der Veröffentlichung war das 25jährige Jubiläum unserer Bewegung. Im Sommer 1989 wurde unsere Vorgängerorganisation, die *Liga für eine Revolutionär-Kommunistische Internationale* (LRCI) als demokratisch-zentralistische internationale Tendenz basierend auf einem ausgearbeiteten Programm gegründet. Die RCIT führt die revolutionäre Tradition der LRCI fort. Im vorliegenden Buch geben wir einen Überblick über unsere Geschichte, eine Aufarbeitung unserer Erfolge wie auch unserer Fehler und eine Zusammenfassung der Lehren für die vor uns liegenden Kämpfe.

In Kapitel I beleuchten wir die theoretische Konzeption

der Bolschewiki-Kommunisten bezüglich der Rolle der revolutionären Partei und ihres Verhältnisses zur ArbeiterInnenklasse. In Kapitel II werden die wesentlichen Grundzüge einer revolutionären Partei bzw. deren Vorformen herausgearbeitet. In Kapitel III behandeln wir die Geschichte unserer Bewegung – der RCIT und ihrer Vorgängerorganisation. Schließlich werden in Kapitel IV die wichtigsten Lehren aus 25 Jahren organisierten Kampfs für den Aufbau einer bolschewistischen Partei gezogen und ihre Bedeutung für unsere künftige Arbeit beleuchtet.

Das Buch kann über die Kontaktadresse der RCIT bestellt werden.



Aufgabe und Rolle der revolutionären Zeitung

Zur 250. Ausgabe der BEFREIUNG

Von Michael Pröbsting

Vorwort der Redaktion:

Im Folgenden veröffentlichen wir ein Essay von Michael Pröbsting, dass dieser vor fünf Jahren anlässlich der 200. Ausgabe unserer Zeitung verfasste und von der RKO BEFREIUNG, der österreichischen Sektion der RCIT, als Broschüre herausgegeben wurde. Wir legen den Text angesichts der 250. Ausgabe unserer Zeitung im Mai 2016 mit nur unwesentlichen stilistischen Änderungen neu auf.

* * * * *

Im Mai 2016 veröffentlichten wir die 250. Ausgabe unserer Zeitung herausgegeben. Sie steht für mehr als 30 Jahre revolutionären Marxismus und Parteaufbauarbeit in Österreich. Unsere Zeitung ist in dieser Periode unter verschiedenen Namen erschienen: 1986-1989 hieß sie *Arbeiterstandpunkt*, dann *ArbeiterInnenstandpunkt*, und seit 2007 *BEFREIUNG* (kurzzeitig auch *REVOLUTIONÄRE BEFREIUNG*). In diesen 30 Jahren haben wir mit den 250 Ausgaben unserer Zeitung einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, die Ideen des unverfälschten Marxismus, des Bolschewismus, zu verbreiten, neue MitstreiterInnen zu gewinnen und auf dieser Grundlage eine revolutionäre Organisation aufzubauen.

Anlässlich dieses Jubiläums wollen wir die Aufgabe und Rolle der revolutionären Zeitung und ihre Unterschiede zu den bürgerlichen und reformistischen Publikationen darlegen.

Unsere Organisation – die *Revolutionär-Kommunistische Organisation zur Befreiung* (RKO BEFREIUNG) – steht in der Tradition der revolutionären ArbeiterInnenbewegung, die mit den Namen Marx, Engels, Lenin, Luxemburg und Trotzki verbunden ist. Daher knüpft auch die *BEFREIUNG* und ihre Vorläuferinnen an die Tradition der revolutionären Zeitung an – sei es die *Neue Rheinische Zeitung*, die *Rote Fahne*, die *Iskra* und *Prawda* oder *Militant* und das *Biulleten' Oppozitsii*.

Die gesamte Geschichte der revolutionären Publikationen zeichnet sich dadurch aus, daß sie ausschließlich dem Zweck der Befreiung der ArbeiterInnenklasse dient und daher den ArbeiterInnen nicht nur den unausweichlichen Niedergang des Kapitalismus aufzeigt, sondern auch die notwendigen Kampf- und Organisationsformen, um diese Befreiung zu erreichen sowie die falschen Wege und die Feinde innerhalb der ArbeiterInnenbewegung, die der Befreiung im Wege stehen. Die revolutionäre Presse dient daher anderen Zielen als die bürgerliche, reformistische und zentristische Presse und sie ist daher anders gestaltet.

I. Kapitalistische Presse

Die Rolle einer Zeitung ergibt sich immer aus der Aufgabe, die ihr die Herausgeber zugedacht haben und deren Interessen. Daraus ergeben sich große Unterschiede zwischen bürgerlichen, reformistischen und revolutionären Zeitungen.

Die kapitalistische Presse redet zwar gerne über die „Pressefreiheit“. Doch damit meint sie in erster Linie die Freiheit von jeder gesellschaftlichen Kontrolle. Denn die kapitalistische Presse ist alles, nur nicht frei. Sie ist zutiefst abhängig von ihren Eigentümern. In Österreich stellt sich dieser Sachverhalt z.B. folgendermaßen dar: die „Kronen-Zeitung“ und der „Kurier“ werden vom deutschen Konzern WAZ kontrolliert, auch der Raiffeisen-Konzern mischt da mit. Bei der „Presse“ wiederum hat die Industriellenvereinigung das große Sagen, bei „ÖSTERREICH“ die Fellner-Gruppe usw. Darüberhinaus haben die großen Konzerne, die den Zeitungen viel Geld für Werbeeinschaltungen zahlen, bedeutenden Einfluß. Wie kritisch werden diese Zeitungen wohl über die Konzerne schreiben?! Kurz und gut, die bürgerlichen Zeitungen sind im wesentlichen Zeitungen der Kapitalisten und für die Aufrechterhaltung der Herrschaft der Kapitalisten.

Schließlich existiert auch eine enge Verquickung zwischen den Medien und dem kapitalistischen Staat. In Österreich vollzieht sich diese Verbindung besonders offensichtlich durch die sogenannten „Presseförderung“. Hierbei schenkt der Staat den kapitalistischen Zeitungen bzw. Verlagshäusern jedes Jahr Millionen Euro aus seinen Steuereinnahmen (also v.a. aus den Steuern der ArbeiterInnenklasse). Im Jahre 2011 zum Beispiel waren dies 12,376 Millionen Euro, die im Zuge der Presseförderung an Österreichs Zeitungsverlage gingen. (1)

Die kapitalistischen Medien dienen der Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse in der Klassengesellschaft. Sie dienen dem Zweck, die Wahrheit über die Klassengesellschaft zu verheimlichen. Der ungarische Kommunist Bela Fogarasi stellte daher 1921 in einem Artikel über die Medien richtigerweise fest: „Die kapitalistische Presse ist eine ideologische Waffe im Klassenkampf, die die herrschende Klasse zur Unterdrückung des Proletariats einsetzt.“ (2)

Die Rolle der kapitalistischen Presse liegt darin, ihre Großteils proletarische Leserschaft durch einen Wulst an Lügen, Halbwahrheiten und aus dem Zusammenhang gerissene Wahrheiten zu verwirren und in einem Zustand der Passivität zu halten.

Bekanntlich verbreiten Zeitungen wie die „Krone“, „Heute“ oder „Österreich“ zahlreiche Lügengeschichten. Aber diese Zeitungen würden bei ihren LeserInnen rasch jeden Funken an Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie einfach nur Unwahrheiten schreiben würden. Die Kunst des bürgerlichen Journalismus besteht darin, eine Reihe von Informationen zu vermitteln und gleichzeitig die Zusammenhänge, die wirklichen Ursachen, die tatsächlichen

Interessen der verschiedenen Klassen, Parteien, Regierungen, Konzerne usw. vollkommen zu verwischen, verzerren und zu verheimlichen. So erfahren wir zwar einiges über die Finanzskandale des Herrn Grasser (der von denselben Zeitungen einige Jahre zuvor noch angehimmelt wurde), aber all das wird uns als Einzelfälle, als Mißstände eines an sich gesunden Systems präsentiert. Das System des Kapitalismus, in welchem Korruption und Reichtum auf Kosten der breiten Massen unausweichlicher Bestandteil sind, bleibt dadurch für den Leser ein Mysterium.

Ein weiteres beliebtes Mittel des bürgerlichen Verschleierungs-Journalismus ist die systematische Überhäufung der LeserInnen mit vollkommen banalen und bedeutungslosen Informationen. So erfährt man in Zeiten der schwersten Weltwirtschaftskrise und globaler revolutionärer Erhebungen ... alle (angeblichen) Einzelheiten über die drohende Scheidung von Demi Moore und Ashton Kutcher, die dritte Hochzeit von Paul McCartney, die Geburt eines Eisbär-Babies im Zoo oder welche Prominente gerade in einer (angeblich) peinlichen Situation „erwischt“ wurde.

Die systematische Verschleierung und Verwirrung der ArbeiterInnenklasse durch die bürgerlichen Medien ist für die herrschende Klasse von entscheidender Bedeutung. Denn die ArbeiterInnen stellen in den imperialistischen Industrieländern in etwa $\frac{3}{4}$ der Bevölkerung. Würden sich diese gegen das System erheben, könnte es nicht lange überleben.

Jene Zeitungen und Zeitschriften wie z.B. „Die Presse“ oder der „DER STANDARD“, die sich in erster Linie an das Bürgertum und die Mittelschichten (und auch vielen StudentInnen, die hoffen, einmal diesen Schichten anzugehören) wenden, können auf bestimmte Formen der Verschleierung verzichten. Denn ihr Zielpublikum sind Schichten und Klassen, die von ihren materiellen Interessen her sich nicht gegen den Kapitalismus wenden werden. Daher kann man umso freier über Verbesserungsvorschläge für das System diskutieren und auch verschiedene Schwächen des Kapitalismus eingestehen. Ebenso kann man auch unbeschadet den einen oder anderen linken Kritiker des Kapitalismus zu Wort kommen kann und so den liberalen Charakter der bürgerlichen Demokratie betonen. Das macht sie zu Stützen des Kapitalismus, die mit „verfeinerten“ Methoden arbeiten.

Fogarasi faßte daher die Rolle der kapitalistische Presse folgendermaßen zusammen: *„Sie muß folgendes erreichen: um zu verhindern, daß der Leser die Ideologie erkennt, die tatsächlich seinen Interessen dient. Um es einfacher auszudrücken: den Leser in einem Zustand der Unwissenheit zu halten. (...) Er erreicht die systematische Förderung der Unwissenheit durch die Vermittlung einer Fülle von Wissen und Informationen. (...) Die kapitalistische Presse versucht, das Bewußtsein des Leser so zu formen, daß er nicht in der Lage ist, zwischen wahr und falsch zu unterscheiden, um Ursache und Wirkung zu erkennen, um einzelne Fakten in ihrem Gesamtzusammenhang zu sehen, um rational neues Wissen in eine Gesamtsicht zu integrieren. (...) In diesem Prozeß muß Bewußtsein des Leser in einem Zustand ständiger Unsicherheit, Ratlosigkeit und Chaos gehalten werden.“* (3)

II. Reformistische Presse

Die reformistische Presse existiert nur noch in einem sehr eingeschränkten Ausmaß. Mit der Verbürgerlichung der Sozialdemokratie stampfte diese auch ihre Tageszeitung (die „Arbeiter-Zeitung“) ein und hofft stattdessen, durch Anbiederung und staatliche Geldzuwendungen das Wohlgefallen eines Teils der kapitalistischen Presse zu gewinnen (z.B. Kronen Zeitung, Heute). Ein weiteres Paradebeispiel für die Kriecherei der SPÖ-Bürokratie vor dem Kapital!

Jene Publikationen, die noch unter Kontrolle der Arbeiterbürokratie stehen, wie z.B. die Gewerkschaftszeitschriften oder in Deutschland die der Linkspartei nahestehende Tageszeitung „*Neues Deutschland*“, veröffentlichen – mehr als die kapitalistische Presse – Tatsachen, die die Ungerechtigkeiten dieses Systems aufzeigen. Anderenfalls würden sie ihre Leserschaft nicht lange halten können, denn würde eine „Solidarität“ des ÖGB das gleiche schreiben wie die Kronen Zeitung, warum sollte dann ein Arbeiter bzw. Arbeiterin sie noch lesen? Die Bürokratie will ja aus Eigeninteresse die ArbeiterInnen durch dosierte Informationen über die Ungerechtigkeiten der Unternehmer und den tapferen Einsatz der Gewerkschaft für die Rechte ihrer Mitglieder diese zur Aufrechterhaltung ihrer Mitgliedschaft und damit auch der Zahlung von dringend benötigten Mitgliedsbeiträgen motivieren.

Die Bürokratie betreibt das Verwischen und Verschleiern in ihren Zeitungen auf andere Weise als die Kapitalisten. Die Bürokratie benennt zwar viele Mißstände, aber sie vermittelt dem Leser den Eindruck, daß diese Mißstände durch Druck der Gewerkschaft oder durch Wahl der richtigen Partei ins Parlament beseitigt oder zumindest maßgeblich gemildert werden können. Die reformistische Presse dient dem Zweck, der Bürokratie die passive Unterstützung der ArbeiterInnenklasse zu sichern.

Dementsprechend bekämpft die Bürokratie all jene, die in der ArbeiterInnenbewegung für mehr Widerstand und gegen die Politik der völligen Unterordnung unter das Kapital eintreten. Man erinnere sich nur an die wüste antikommunistische Kampagne der SPÖ-Bürokratie während des Generalstreiks der ArbeiterInnen gegen das 4. Lohn- und Preisabkommen im Oktober 1950 sowie auch in den Jahren danach. Oder die Kampagne der stalinistischen Bürokratie gegen den „faschistischen“ Trotzismus in den 1930er- und 40er-Jahren. Oder die hetzerische Verleumdungskampagne der KPÖ-Führung – inklusive ihres vormaligen Vorsitzenden und heute die Karriereleiter zum Uni-Professor aufgestiegenen Walter Baier – sowie diverser sozialdemokratischer SJ-Funktionäre, die in den letzten Jahren konsequente AntiimperialistInnen wie auch unsere Organisation dadurch mundtot zu machen versuchte, daß sie uns als „Antisemiten“ denunzierten. (4)

Die Presse der ZentristInnen – das sind jene Gruppen, die sich unter dem Deckmantel marxistischer Rhetorik an den Reformismus oder andere kleinbürgerliche Strömungen anpassen (z.B. IMT/Funke, CWI/SLP, IST/Linkswende) – wiederum verurteilt zwar in der Regel scharf den Kapitalismus mit all seinen abscheulichen Auswüchsen. Ebenso weist sie auch oft auf die Inkonsequenz der reformistischen Politik hin. Aber sie scheitert in der Regel daran, den *unausweichlichen* Charakter des Verrats der sozialdemokratischen, stalinistischen und Gewerkschaftsbüro-

kratie aufzuzeigen. Daraus ergibt sich das Versagen des Zentrismus darin, den ArbeiterInnen und Jugendlichen den Weg zum konsequenten Kampf gegen die Bürokratie und alle Formen des kleinbürgerlichen Einflusses innerhalb der ArbeiterInnenbewegung zu weisen und so eine stählerne Partei des Klassenkampfes zu schmieden.

III. Revolutionäre Zeitung

Die revolutionäre Zeitung ist die Zeitung, die dem Ziel der sozialistischen Revolution dient und zu diesem Zwecke alle konsequenten AktivistInnen auf der Grundlage eines tauglichen Programms der Revolution in einer Kampforganisation zu vereinen sucht. Aus dieser Aufgabenstellung ergeben sich für Zeitungen wie die *BEFREIUNG* zahlreiche Schlußfolgerungen.

Eine der wichtigsten Grundprinzipien der revolutionären Bewegung ist die Einheit von Theorie und Praxis, von Wort und Tat. Nicht zufällig lautet der letzte Satz in den berühmten Thesen zu Feuerbach von Karl Marx: „*Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern.*“ (5)

Die Einheit von Theorie und Praxis im Marxismus hat eine engste Verwobenheit der beiden miteinander zur Folge. Die marxistische Theorie kann nur bestehen und sich weiterentwickeln, wenn sie ständig nach ihrer Verwirklichung in der Praxis strebt. Und die marxistische Praxis wiederum verlangt ständig nach einem inhaltlichen Kompaß und einer wissenschaftlichen Grundlage, um nicht ihre Zielgerichtetheit und Orientierung zu verlieren. Abram Deborin, ein führender marxistischer Philosoph der 1920er Jahre, beschrieb das Verhältnis von Theorie und Praxis treffend mit folgenden Worten: „*Um die Wirklichkeit umzugestalten, ist es notwendig, daß die Theorie selbst Wirklichkeit werde, daß sie aktiv-schöpferische Kraft sei, daß, mit einem Wort, die Theorie Praxis werde. Der Marxismus ist eine solche von allen anderen abweichenden Theorie, eine philosophische Weltanschauung, die die Umkehrung der Praxis zur Theorie und der Theorie in die Praxis fordert. Der Marxismus kennt keine Trennung zwischen Theorie und Praxis. Die dialektische Einheit von Theorie und Praxis erfordert, daß die Theorie praktisch sei und daß die Praxis durch die Theorie erklärt, und selbst zur Theorie werde.*“ (6)

Daraus ergibt sich für den Marxismus die untrennbar Einheit und die wesensartige wechselseitige Bedingtheit von Gedanke, Wort und Tat. Versuchen wir in wenigen Worten die innere Einheit dieser marxistischen Dreifaltigkeit zu skizzieren.

Vor dem Wort steht der Gedanke. Vor der Propagierung der Ideen – z.B. durch die Zeitung – steht die Ausarbeitung dieser Ideen, also die Entwicklung und Diskussion der theoretischen Grundlage. Diese Ideen wiederum entspringen jedoch keiner abgehobenen Gedankenwelt, sondern den richtig interpretierten gesellschaftlichen Erfahrungen – also den verallgemeinerten Lehren der vergangenen Taten.

Der Zweck des Wortes (wie auch des Gedankens) wiederum liegt jedoch nicht in sich selbst, sondern in dem Streben nach Tat. Daraus ergibt sich schließlich der Charakter des Wortes – also auch der Zeitung. Sie muß die Tat erklären, ihr eine Perspektive weisen, sie anregen und dazu aufrufen. Sie verlangt daher auch nach Wahrheit, denn nur so kann die Tat die Wirklichkeit erkennen und umgestalten.

Der russische Philosoph Iwan K. Luppel formulierte in seinem Hauptwerk *Lenin und die Philosophie* treffend die marxistische Philosophie als Einheit von Wissen und Handeln: „*Die Aufgabe der materialistischen Dialektik ... ihre allgemeine Bedeutung besteht also darin, daß sie Methodologie des Wissens auf der Grundlage des Handelns und Methodologie des Handelns auf der Grundlage des Wissens ist.*“ (7)

Daraus ergibt sich ein wesentlicher Unterschied der revolutionären Zeitung zu den verschiedenen linken intellektuellen-Journalen. Die revolutionäre Zeitung, ihre Ideen, ihre AutorInnen, sind einem Zweck *untergeordnet*: dem Zweck der revolutionären Veränderung der Welt durch die zur einer Partei zusammengeschlossenen Kraft der klassenbewußten ArbeiterInnen. Die revolutionäre Zeitung ist daher keine Spielwiese für die Selbstdarstellung von Intellektuellen, die vorgeben, so viel zu wissen, und in Wirklichkeit doch so wenig verstehen.

Dieses Verständnis ist auch Teil der Tradition in der wir stehen – der Kommunistischen Internationale in ihrer revolutionären Periode unter der Führung von Lenin und Trotzki. Sie betonte in einer Resolution des Jahres 1921 die auf den politischen Zweck gerichtete notwendige Klarheit der Zeitung: „*Unsere Zeitung soll nicht der Befriedigung der Sensationslust oder dem Vertreib des bunten Publikums dienen. Sie darf nicht der Kritik der kleinbürgerlichen Literaten oder der journalistischen Virtuosen nachgeben, um sich salonfähig zu machen.*“ (8)

Die Zeitung ist ein einheitliches Instrument, um das Bewußtsein und dadurch die Wirklichkeit zu verändern. Deswegen ist die *BEFREIUNG* auch kein Forum, in dem lauter Individuen ihre Einzelmeinungen darlegen. Sie ist ein kollektives Organ, bei dem die von der Organisation gewählte Redaktion die Artikel und Positionen diskutiert und demokratisch beschließt. Deswegen nennen wir unsere Zeitung auch das *Zentralorgan* der RKO *BEFREIUNG*.

Denn unsere Zeitung dient einem Zweck, sie ist eine Waffe, um diesen Zweck zu erfüllen. Denn während die kapitalistische Presse eine ideologische Waffe für die Kapitalisten ist und die reformistische Presse für die Bürokratie, so ist die revolutionäre Presse eine ideologische Waffe für den Befreiungskampf der ArbeiterInnenklasse.

Nicht zufällig begann z.B. die erste Ausgabe der *La Vérité* – der Zeitung der französischen TrotzkiInnen – im Jahr 1929 mit den Worten: „*Unsere Publikation richtet sich an die Arbeiter der Avantgarde. Unser einziges Ziel ist die Befreiung der Arbeiterklasse. Um dieses Ziel zu erreichen, sehen wir keinen anderen Weg als den revolutionären Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.*“ (9)

Eine Grundbedingung der revolutionären Zeitung ist daher die offene Darlegung ihrer Ziele, ihres Zweckes, ihrer Berechtigung. Das bedeutet, daß die Zeitung Trägerin und Vermittlerin des revolutionären Programms sein muß. Eine Zeitung ohne eine solche klare theoretische Grundlage wird unausweichlich zu einer politischen Wetterfahne, die ständigen Richtungsänderungen unterworfen ist. Die RKO *BEFREIUNG* und ihre Vorläuferorganisation haben daher von Anfang an großen Wert auf die Ausarbeitung und Weiterentwicklung des revolutionären Programms gelegt.

Der Wahrheit verpflichtet

Ebenso halten wir es für unerlässlich, offen und ungeschminkt die Ziele unserer Zeitung darzulegen anstatt diese hinter diplomatischen Anspielungen, in Watte getränkte halbherzige Kritik und unklaren Umschreibungen zu verstecken. Wir nehmen keine Rücksicht darauf, ob unsere Prinzipien bei den kleinbürgerlichen Intellektuellen, die für gewöhnlich das sogenannte öffentliche Leben – auch innerhalb der ArbeiterInnenbewegung – dominieren, beliebt sind oder nicht.

Vielmehr sind wir als Bolschewiki dem offenen Aussprechen der Wahrheit verpflichtet. All die weitverbreiteten Einwände, die ArbeiterInnen wären „noch nicht reif“ für die Wahrheit, man solle nicht durch das Aussprechen der ungeschminkten Tatsachen „die Leute abschrecken“ – all das sind jämmerliche Phrasen von Leuten, deren Rückgrat einem Gartenschlauch gleicht und die sich immer mit dem Zeitgeist drehen und wenden. Der ArbeiterInnenklasse die Wahrheit nicht zutrauen, heißt sie für dumm zu erklären. Und wer die ArbeiterInnenklasse für dumm und unwissend hält, ist in Wirklichkeit selber ein Strohkopf.

Revolutionäre können andere niemals von etwas überzeugen, wenn sie es nicht offen und klar aussprechen. Diese einfache Wahrheit vergessen die Halbrevolutionäre gerne aufgrund ihrer gedanklichen Bequemlichkeit und der politischen Furcht vor der Konfrontation mit der Bürokratie.

Leo Trotzki, der Organisator der russischen Oktoberrevolution 1917 und führendes Gründungsmitglied sowohl der III. als auch der IV. Internationale, formulierte einmal die Herangehensweise von uns MarxistInnen treffend mit folgenden Worten: „*Ich glaube, daß die marxistische, die revolutionäre Politik im allgemeinen eine sehr einfache ist: ‚Die Wahrheit aussprechen! Nicht lügen! Die Wahrheit sagen!‘ Das ist eine sehr einfache Politik.*“ (10)

In diesem ungeschminkten Aussprechen der Wahrheit sah er auch eines der wichtigsten Wesensmerkmale unserer Vorläuferin, der Partei der Bolschewiki in Rußland: „*Der Untergang der bolschewistischen Partei – eine Episode in der Weltreaktion – schmälert jedoch nicht ihre welthistorische Bedeutung. In der Periode ihres revolutionären Aufstiegs, d.h. als sie wirklich die proletarische Avantgarde repräsentierte, war sie die ehrlichste Partei in der Geschichte. Natürlich täuschte sie den Klassenfeind, wo immer sie konnte; auf der anderen Seite sagte sie den Arbeitern die Wahrheit, die ganze Wahrheit, und nichts als die Wahrheit. Nur dank dem gewann sie das Vertrauen der Arbeiter in einem Maße, wie nie zuvor eine andere Partei in der Welt.*“ (11)

Zwei Beispiele: Antimperialistischer Befreiungskampf und Generalstreik

Gerade auch in diesem offenen und ungeschminkten Aussprechen der revolutionären Wahrheit besteht auch ein ganz zentraler Unterschied zwischen uns und den zentristischen Gruppen. Um nur zwei Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit zu nennen. Während des imperialistischen Krieges und der Besetzung von Irak, Afghanistan und Palästina haben zwar alle Linken den Krieg verurteilt, aber niemand außer uns konnte sich zu einem offenen Aussprechen des revolutionären, antimperialistischen Standpunktes durchringen: nämlich dem offenen

Eintreten für den militärischen Sieg der gegen die Besatzer kämpfenden Kräfte bei gleichzeitiger politischer Unabhängigkeit und scharfer Kritik an den führenden Strömungen des Widerstandes (z.B. Baathisten, Taliban, Hamas). Gerade deswegen haben wir uns den Haß der politischen Pygmäen von der KPÖ- und SJ-Spitze bis zur sogenannten Autonomen Antifa zugezogen, die auch nicht davor zurückschrecken, uns als „Antisemiten“ zu verleumden, gewaltsam zu attackieren und das bürgerliche Gericht auf den Hals zu hetzen.

Ein weiteres Beispiel ist unsere Haltung zum Kampf gegen die kapitalistische Offensive. Niemand außer der RKO BEFREIUNG und ihre Vorläuferorganisation trat offen für den unbefristeten Generalstreik gegen die schwarz-blaue Regierung im Jahr 2000 oder dem SPÖ/ÖVP-Sparpaket 2010 ein. Während wir diese Perspektive an die Gewerkschaften und die gesamte ArbeiterInnenbewegung richteten, warnten wir gleichzeitig auch vor dem drohenden Verrat der Bürokratie und betonten die Notwendigkeit der unabhängigen Organisierung an der Basis.

Diese zwei Beispiele zeigen, daß die Verbreitung konsequent revolutionärer Ideen die Herausgabe einer revolutionären Zeitung unerlässlich macht und daß andererseits wiederum eine Zeitung nur dann einen revolutionären Charakter bewahren kann, wenn sie auf dem Fundament klarer revolutionärer Prinzipien beruht.

Trotzki beschrieb einmal – in einem Brief an die Redaktion von *La Vérité* – den Unterschied zwischen der revolutionären Presse und ihres reformistischen und zentristischen Gegenstücks folgendermaßen:

„*Die Haltung der revolutionären Presse zu ihren Lesern ist der wichtigste Test der politischen Linie. Die Reformisten lügen ihre Leser bewußt an, um das bürgerliche System aufrechtzuerhalten. Die Zentristen setzen Lügen ein, um ihre Schwankungen, ihre Unsicherheit, ihre Kapitulation und ihre Abenteuer zu bemänteln. Sie haben kein Selbstvertrauen und daher trauen sie auch nicht ihren Lesern. (...) Die Masse der Arbeiter besteht nicht aus Kindern! (...) Der Arbeiter sucht keine Befehle, sondern Unterstützung für die politische Orientierung. Dafür ist es zu aller erst einmal notwendig, ihm zu sagen, was Sache ist. (...) Die Politik des Kommunismus kann von einer wahrheitsgetreuen Darlegung der Wirklichkeit nur profitieren. (...) Die Arbeiter benötigen die Wahrheit als ein Instrument der revolutionären Aktion. (...) Die Wahrheit ist immer revolutionär. Offen vor den Unterdrückten die Wahrheit über ihre Haltung darzulegen, führt diese auf die Hauptstraße der Revolution. Die Wahrheit über die Herrscher auszusprechen, bedeutet die Grundlage ihrer Herrschaft zu untergraben. Die Wahrheit über die reformistische Bürokratie auszusprechen, bedeutet diese im Bewußtsein der Massen zu verurteilen. Die Wahrheit über die Zentristen auszusprechen, bedeutet den Arbeitern zu helfen, die korrekte Führung der Kommunistischen Internationale sicherzustellen. Das ist die Aufgabe eurer Wochenzeitung.*“ (12)

Nicht neutral und überparteilich, sondern Parteilichkeit im Dienste des Befreiungskampfes

Das politische Denken in den Kreisen der fortschrittlichen Intelligenzija ist seit den Niederlagen der ArbeiterInnenbewegung in den 1980er Jahren durch die Philosophie des Postmodernismus geprägt. Diese Philosophie zeichnet sich aus durch tiefen Skeptizismus und die Behauptung, eine objektive Wahrheit existiere nicht, sondern es gebe vielmehr viele subjektive, individuelle Wahrheiten. Der Postmodernismus ist ein ideologisches Zerfallsprodukt des Kleinbürgertums in der Epoche des niedergehenden Kapitalismus und der verschärften Führungskrise des Proletariats. Gerade diese postmodernistische Philosophie, von der auch die reformistische und zentristische Linke heutzutage beeinflusst ist, steckt hinter den Anschuldigungen, daß die revolutionäre Zeitung nicht neutral, nicht „objektiv“ und überparteilich sei.

Der Marxismus hingegen ist von seiner gesamten Weltanschauung her nicht neutral, sondern parteilich, d.h. eine Seite im Klassenkampf beziehend. Das ergibt sich schon aus seinen philosophischen Grundlagen, denn der Marxismus ist – wie der marxistische Philosoph Luppold richtig formulierte – auch in der Philosophie wie in allen anderen Bereichen – parteilich: „*Parteilichkeit, Parteinehmen ist in der Philosophie notwendig und unvermeidlich.*“ (13)

In der Tat ist und kann daher die revolutionäre Zeitung nicht neutral oder überparteilich sein. Denn es gibt keine über den Klassen, außerhalb der Klassengegensätze existierende Wahrheit. Die Wahrheit ist die Wirklichkeit. Und die Wirklichkeit ist der sich bis zur höchsten Anspannung verschärfende Gegensatz und Kampf zwischen den Klassen. Eine Wahrheit, die außerhalb der Klassengegensätze zu stehen versucht, ist also eine „Wahrheit“ außerhalb der Wirklichkeit und somit keine Wahrheit, sondern ein ideologisches Truggebilde. Sie ist eine „Wahrheit“, die die Wirklichkeit verzerrt und falsch wiedergibt und somit zur Verwirrung und Orientierungslosigkeit beiträgt.

Die ArbeiterInnenklasse, die naturgemäß im Zentrum des die gesamte Gesellschaft durchziehenden Klassengegensatzes steht, hat ein grundlegendes Interesse an der Überwindung der Klassengesellschaft und der Befreiung von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung. Die revolutionäre Zeitung kann nur dann revolutionär sein, wenn sie diesem Ziel dient.

Deswegen muß die revolutionäre Zeitung nicht neutral und überparteilich, sondern zutiefst parteilich sein. Sie bezieht klar und eindeutig des Lager des Proletariats und seines Kampfes um Befreiung. Sie informiert nicht um der Information selbst willen, sondern um dem Drängen nach Veränderung und Umgestaltung eine objektive, möglichst wirklichkeitsgetreue Grundlage zu geben.

Dieser Standpunkt durchdringt das marxistische Denken in allen Bereichen – von der Philosophie bis hin zur Propaganda und der Praxis. Lenin drückte diesen Gedanken richtigerweise in folgenden Worten aus: „*Andererseits schließt der Materialismus sozusagen Parteilichkeit in sich ein, da er dazu verpflichtet ist, bei jeder Bewertung eines Ereignisses direkt und offen den Standpunkt einer bestimmten Gesellschaftsgruppe einzunehmen.*“ (14)

Marxismus ist also von seinem ganzen Wesen her parteilich oder er ist kein Marxismus. Deswegen stimmen wir der Definition Luppolds zu, der die Parteilichkeit als

Grundsatz des Marxismus in Theorie und Praxis beschrieb: „*Die Parteilichkeit in der Wissenschaft verpflichtet auch zur Parteilichkeit in der praktischen Tätigkeit. Die theoretische Parteilichkeit liefert ja gerade die Begründung zur praktischen Tätigkeit.*“ (15)

Deswegen nennen wir auch unsere Zeitung das *Zentralorgan* der RKO BEFREIUNG. Ihre Aufgabe ist die Verbreitung der revolutionären Anschauungen zum Zwecke der Mobilisierung und Organisierung der ArbeiterInnenklasse und vor allem ihrer Vorhut für den sozialistischen Befreiungskampf.

Zum Kampf ermutigen und organisieren

Damit kommen wir auch zum nächsten Merkmal der revolutionären Zeitung. Wir haben gesagt, daß der Marxismus auf allen Ebenen parteilich ist. Das bedeutet auch, daß die Zeitung parteilich ist und versucht, die ArbeiterInnenklasse für die Partei der Revolution und für die von der Partei geführte Revolution zu mobilisieren und sie daher in diesem Sinne zu organisieren.

Die Aufgabe der revolutionären Zeitung besteht daher darin, die LeserInnen davon zu überzeugen, den Kapitalismus nicht nur abzulehnen, sondern ihn auch zu bekämpfen. Und zwar ihn auf eine Art und Weise zu bekämpfen, die einen erfolgreichen Umsturz des kapitalistischen Herrschaftssystems ermöglicht – das heißt durch die Zusammenfassung aller zum Kampf entschlossenen AktivistInnen auf der Grundlage eines gemeinsame revolutionären Programms und einer entsprechenden Organisation als Instrument des Kampfes für dieses Programm.

Lenin wies in einer Vorarbeit zu seinem maßgeblichen Werk „Was tun?“ auf die Unersetzbarkeit einer revolutionären politischen Zeitung für die Mobilisierung und Organisierung der ArbeiterInnenklasse hin: „*Ohne ein politisches Organ ist im heutigen Europa eine Bewegung, die die Bezeichnung politisch verdient, undenkbar. Ohne ein solches Organ ist unsere Aufgabe – alle Elemente der politischen Unzufriedenheit und des Protestes zu konzentrieren und mit ihnen die revolutionäre Bewegung des Proletariats zu befruchten – absolut undurchführbar.*“ (16)

Aus diesem Grund haben wir in unseren Publikationen – *ArbeiterInnenstandpunkt* und *BEFREIUNG* – nicht nur über wichtige politische Ereignisse berichtet, sondern immer auch auf die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen hingewiesen. Wir haben immer hervorgehoben, welche Perspektiven für den Klassenkampf sich aus unserer Analyse ergeben und welche praktischen Schritte dafür notwendig sind und warum der Aufbau einer revolutionären Partei sowie die Organisierung in einer solchen unabdingbar für den erfolgreichen Kampf sind.

Die Rolle der revolutionären Zeitung für den Aufbau einer revolutionären Partei beschränkt sich aber nicht nur auf die Propaganda für die Schaffung einer revolutionären Partei. Die revolutionäre Zeitung kann und muß auch in organisatorischer Hinsicht ein Instrument für dieses Ziel sein. Denn die Zeitung bietet eine gute Grundlage, um MitstreiterInnen politisch zu schulen, in eine Organisation einzubinden, um durch den Vertrieb der Zeitung in Gespräche mit ArbeiterInnen und AktivistInnen zu kommen und dadurch die revolutionären Ideen zu verbreiten. Die RKOBE versteht daher ihre Publikationen auch als Instrument zum praktischen Aufbau der revolutionären Or-

ganisation.

Lenin sah die Rolle der revolutionären Zeitung daher nicht nur als eine kollektiver Propagandist und Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator: „Die Rolle der Zeitung beschränkt sich jedoch nicht allein auf die Verbreitung von Ideen, nicht allein auf die politische Erziehung und die Gewinnung politischer Bundesgenossen. Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator. Was das letztere betrifft, kann sie mit einem Gerüst verglichen werden, das um ein im Bau befindliches Gebäude errichtet wird; es zeigt die Umrisse des Gebäudes an, erleichtert den Verkehr zwischen Drehern einzelnen Bauarbeitern, hilft ihnen, die Arbeit zu verteilen und die durch die organisierte Arbeit erzielten gemeinsamen Resultate zu überblicken. Mit Hilfe der Zeitung und in Verbindung mit ihr wird sich ganz von selbst eine beständige Organisation herausbilden, die sich nicht nur mit örtlicher, sondern auch mit regelmäßiger allgemeiner Arbeit befaßt, die ihre Mitglieder daran gewöhnt, die politischen Ereignisse aufmerksam zu verfolgen, deren Bedeutung und Einfluß auf die verschiedenen Bevölkerungsschichten richtig zu bewerten und zweckmäßige Methoden herauszuarbeiten, durch die die revolutionäre Partei auf diese Ereignisse einwirken kann.“ (17)

Offener Kampf gegen die Feinde der ArbeiterInnenklasse innerhalb der ArbeiterInnenbewegung

Der Kampf für die Mobilisierung und Organisation der ArbeiterInnenklasse für den revolutionären Befreiungskampf schließt naturgemäß auch den Kampf gegen die Hindernisse für diesen Befreiungskampf mit ein. Die Hindernisse dafür beschränken sich nicht nur auf die direkten Instrumente der herrschenden Klasse wie ihr Staat, ihre Polizei, ihre Gerichte, ihre Medien und ihre Schulen. Diese Hindernisse bestehen auch in den indirekten Instrumenten der Kapitalistenklasse – nämlich ihrer Helfershelfer innerhalb der Reihen der ArbeiterInnenklasse. Das ist allen voran die Arbeiterbürokratie, die die Gewerkschaften und die ArbeiterInnenparteien (Sozialdemokratie, Stalinismus u.ä.) beherrscht und kontrolliert.

Die revolutionäre Zeitung muß daher auch den richtigen, erfolgsversprechenden Weg des Befreiungskampfes von den falschen, in die Niederlage führenden Wegen abgrenzen, die von den Reformisten und Zentristen beworben werden. Die revolutionäre Zeitung muß also auch ein Kampforgan sein, daß die ArbeiterInnenklasse und die AktivistInnen über die Irrwege der Programme und Parteien des Reformismus und Zentrismus aufklärt.

Deswegen haben wir in unseren Publikationen in den letzten 30 Jahren nicht nur die Notwendigkeit des Sturzes des Kapitalismus und die Organisation in einer revolutionären Partei dargelegt, sondern auch auf die Hindernisse und Gefahren hingewiesen, die die falschen Perspektiven des Reformismus und Zentrismus mit sich bringen.

Verschiedenen Linken erscheint dies als „Sektierertum“ und wir werden dessen auch oft von dieser Seite beschuldigt. Aber was diese GenossInnen nicht verstehen wollen oder nicht verstehen können, ist die Tatsache, daß es sträflicher Leichtsinn ist, nur das Ziel der sozialistischen Revolution zu sehen und die Augen vor den Hindernissen für diesen Befreiungskampf zu verschließen. Diese Hindernisse – also die reformistischen und zentristischen Kräfte – verschwinden nicht, wenn man sie wegleugnet,

nicht über sie spricht, so tut, als wären sie nicht da. Ein Revolutionär muß die Wirklichkeit so akzeptieren, wie sie ist. er bzw. sie muß alle gegebene Faktoren einberechnen, sie offen ansprechen und analysieren und dann zur Tat schreiten, um die Hindernisse zu überwinden. Den Kopf in den Sand stecken – das überlassen wir den politischen Strohköpfen. Wir Bolschewiki-Kommunisten gehen den geraden Weg und mit offenen Visier.

Dieser Weg des offenen Kampfes gegen die falschen Führungen in der ArbeiterInnenbewegung hat auch schon die Kommunistische Internationale als wichtig und unabdingbar erkannt. Sie machte sie daher zu einer der Aufnahmebedingungen in ihre Reihen: „Die gesamte Propaganda und Agitation muß einen wirklich kommunistischen Charakter tragen und dem Programm und den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale entsprechen. (...) In den Spalten der Presse, in den Volksversammlungen, in den Gewerkschaften, in den Konsumvereinen – überall, wohin sich die Anhänger der III. Internationale Eingang verschaffen, ist es notwendig, nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch ihre Helfershelfer, die Reformisten aller Schattierungen, systematisch und unbarmherzig zu brandmarken.“ (18)

Kontinuität und Weiterentwicklung

Die revolutionäre Zeitung ist ein unersetzbares Instrument zur Entwicklung und Verbreitung des Programms des proletarischen Befreiungskampfes. Durch unsere Publikationen – *ArbeiterInnenstandpunkt* und *BEFREIUNG* – konnten wir in den letzten 30 Jahren vieles erreichen. Wir konnten nach der Degeneration der Vierten Internationale Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre den roten Faden der revolutionären Kontinuität in Österreich – und im Rahmen der MRCI/LRCI/LFI auch international – wieder herstellen.

Revolutionäre Kontinuität reduziert sich aber nicht in der Wiederholung revolutionärer Wahrheiten wie sie von Marx, Engels, Lenin und Trotzki dargelegt wurden. Diese verkommen zu einem toten Dogma, wenn sie nicht auf die neuen Entwicklungen des Kapitalismus und des Klassenkampfes angewandt und weiterentwickelt werden.

Die revolutionäre Presse ist ein zentrales Mittel der Anwendung und Weiterentwicklung des Marxismus. Mit ihrer Hilfe gelang es uns, eine revolutionäre Organisation aufzubauen und bolschewistische Kader zu erziehen. Unsere Presse half uns dabei, in unseren Interventionen in Massenbewegungen – wie z.B. der Antikriegsbewegung, den Streiks gegen Bildungsabbau usw. – die revolutionäre Praxis mit der Verbreitung revolutionärer Ideen zu verbinden.

Dabei halfen uns auch andere Publikationsformen, die eine wichtige Ergänzung zur revolutionären Zeitung sind. Einerseits Flugblätter, die zusammengefaßt und populär die wesentlichsten Schlußfolgerungen für den Klassenkampf darlegen. Und andererseits ein theoretisches Organ, das ausführlicher die wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus und seiner Anwendung auf bestimmte Fragen des Klassenkampfes entwickelt. Letzteres haben wir in verschiedenen Publikationen – *Revolutionärer Marxismus*, *Unter der Fahne der Revolution* und jetzt *Revolutionärer Kommunismus* – getan. Schließlich sei noch auf ein weiteres unverzichtbares Instrument der revolutionären Propaganda und Agitation verwiesen – dem Internet.

Auch hier haben wir mit unserer Homepage <http://www.rkob.net/> sowie unsere YouTube-Plattform <http://www.youtube.com/revolutioncommunism> ein Instrument zur Verbreitung revolutionärer Standpunkt geschaffen.

Wir konnten in den letzten Jahren auch wichtige Fortschritte erzielen. Insbesondere gelang es uns, die Zeitung populärer zu gestalten und dadurch für LeserInnen aus den unteren und mittleren Schichten der ArbeiterInnenklasse leichter lesbar zu machen. Diese Entwicklung ist auch Ausdruck der Fortschritte, die wir im Aufbau und der Zusammensetzung unserer Organisation gemacht haben. Heute besteht unserer Organisation vorrangig aus ArbeiterInnen und ArbeiterInnenjugendlichen und wir konnten neue Kader aus diesen Schichten herausbilden.

Gleichzeitig liegen aber noch viel größere Aufgaben vor uns. Was wir in den letzten 30 Jahren geschafft haben, ist nur ein Bruchteil im Verhältnis zu den Aufgaben, die noch vor uns liegen. Unsere Zeitung hat noch immer einen geringen Verbreitungsgrade. Unsere Organisation ist im Verhältnis zu den eigentlich notwendigen Aufgaben des Befreiungskampfes klein. Auch die wissenschaftliche Weiterentwicklung des Marxismus kennt noch zahlreiche offene Felder.

Aller diese Aufgaben gilt es in Angriff zu nehmen, ohne sich dabei zu Ungeduld und oberflächlicher Eile verleiten zu lassen.

Einer der zentralen Führer der deutschen ArbeiterInnenbewegung im späten 19. Jahrhundert – Wilhelm Liebknecht: - formulierte einmal die zentrale Aufgabe der MarxistInnen mit der Formel: „Studieren – Propagieren – Organisieren“. Die revolutionäre Presse stellt hierbei ein entscheidendes Hilfsmittel zur Erfüllung dieser Aufgabe dar. Unser Arbeit und die Herausgabe unserer Zeitung in den letzten 30 Jahren hat dabei eine wesentliche und unersetzbare Rolle gespielt. Wir werden diese Arbeit mit umso größerer Entschlossenheit fortsetzen.

* * * * *

Michael Pröbsting, der Autor der hier vorliegenden Broschüre, war bis 2013 durchgängig Mitglied der Redaktion dieser Zeitung (abgesehen von den Zeiten, in denen er sich aufgrund seiner politischen Arbeit im Ausland aufhielt). Er ist Internationaler Sekretär der *Revolutionär-Kommunistischen Internationalen Tendenz* (RCIT), einer in 10 Ländern aktiven internationalen Organisation, und Herausgeber des *Revolutionary Communism* sowie von *Revolutionärer Kommunismus, den monatlich erscheinenden englisch- bzw. deutsch-sprachigen theoretischen Journalen der RCIT*. Die RKO BEFREIUNG ist die österreichische Sektion der RCIT.

Anmerkungen

(1) Siehe Presseförderung 2011 http://www.atmedia.at/news/klassische-medien/Pressefoerderung_2011/13-09-2011/13773/ bzw. DER STANDARD: Medienbehörde: Presseförderung verteilt, 12. September 2011, <http://derstandard.at/1315006163521/Medienbehoerde-Pressefoerderung-verteilt>

(2) Bela Fogarasi: Aufgaben der kommunistischen Presse (1921); in: Kommunismus, Jg. 2, Nr. 25-26, 15.7.1921; englische Übersetzung in Radical America (SDS-Journal), Vol. III, Nr. 3 (1969), S. 69

(3) Bela Fogarasi: Aufgaben der kommunistischen Presse (1921); in: Kommunismus, Jg. 2, Nr. 25-26, 15.7.1921; englische Über-

setzung in Radical America (SDS-Journal), Vol. III, Nr. 3 (1969), S. 69f.

(4) So z.B. verleumdete die KPÖ in Person ihres Vorsitzenden Walter Baier nach dem Libanon-Krieg 2006 LSR-AktivistInnen und andere linke AntiimperialistInnen als „AntisemitInnen“ und widmete dieser Denunziation sogar einen ganzen Artikel, der dann auch im Zentralorgan der österreichischen Bourgeoisie – der Zeitung „Die Presse“ – abgedruckt wurde. Darin schrieb er u.a.: „Ein anderer Wortführer der ‚anti-imperialistischen‘ Szene in Wien, Michael Pröbsting, nimmt sich nun auch kein Blatt mehr vor den Mund und fordert in einer Rede die endgültige Lösung des Problems: ‚Frieden kann es nur dann geben, wenn ein für alle Mal (!) Schluss gemacht wird mit dieser staatlichen Unterdrückungsmaschinerie namens Israel.‘ Was mit den Menschen, die diese ‚Maschine‘ bilden, zu geschehen habe, soll gemäß der ‚anti-zionistischen‘ Logik offenbar Hamas und Hisbollah überlassen werden. Meine also niemand, man könne nicht wissen, wo der Diskurs hinzielt. Begreiflich ob derartiger Tiraden ist die Befriedigung darüber am rechten Rand.“ (Walter Baier: Können Linke antisemitisch sein? Antiintellektualistische und antisemitische Ressentiments haben auch in der Linken eine lange Geschichte; 30. 8. 2006, <http://volksstimmen.at/news/article.php?story=20060830141110473>)

Baiers neue Weggefährten der zionistischen Antinationalen haben in den letzten Jahren eine Reihe von Polemiken gegen die LSR (der Vorläuferin der RKO BEFREIUNG) und andere AntiimperialistInnen veröffentlicht, u.a. auch in dem Buch von Stephan Grigat „Freunde der Mullahs. Über rechte und linke Verteidiger des iranischen Regimes“. Siehe auch den Artikel von Stephan Grigat: Freunde der Mullahs. Über rechte und linke Verteidiger des iranischen Regimes (erschieden in „Jüdische Zeitung“, Januar 2009) <http://www.j-zeit.de/archiv/artikel.1588.html>, <http://www.cafecritique.priv.at/FreundeDerMullahs.html>, <http://www.hagalil.com/archiv/2009/01/17/mullahs/>. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Antinationalen vom marxistischen Standpunkt findet sich in unserer Broschüre von Michael Pröbsting: „Israel, Zionismus und Antisemitismus. Eine Auseinandersetzung mit den Mythen und Legenden der Antinationalen“.

(5) Karl Marx: Thesen über Feuerbach (1845); in: MEW 3, S.535

(6) Abram Deborin: Lenin – der kämpfende Materialist, 1924, S. 11

(7) Iwan K. Luppold: Lenin und die Philosophie. Zur Frage des Verhältnisses der Philosophie zur Revolution (1928), S. 115

(8) Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien, über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit. Resolution des III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (1921), in: Die Kommunistische Internationale, Manifeste, Thesen und Resolutionen, Band II, Köln 1984, S.129

(9) Leon Trotsky: A Declaration of La Vérité (1929); in: Writings 1929, S. 226 (unsere Übersetzung)

(10) The Case of Leon Trotsky. Report of Hearings on the Charges Made Against Him in the Moscow Trials by the Preliminary Commission of Inquiry into the Charges Made Against Trotsky in the Moscow Trials (1937), New York 1968, S. 384

(11) Leo Trotzki: Ihre Moral und unsere (1938); Voltaire Verlag Berlin, Oktober 1967, S. 43f.

(12) Leon Trotsky: To the Editorial Board of La Vérité (1929); in: Writings 1929, S. 224f. (unsere Übersetzung)

(13) Iwan K. Luppold: Die materialistische Dialektik und die Arbeiterbewegung (1928); in: Unter dem Banner des Marxismus, II. Jahrgang (1928), S. 229

(14) W.I. Lenin: Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung und die Kritik an ihr in dem Buch des Herrn Struve“, in: LW 1, S. 414

(15) Iwan K. Luppold: Die materialistische Dialektik und die Arbeiterbewegung (1928); in: Unter dem Banner des Marxismus, II. Jahrgang (1928), S. 231

(16) W. I. Lenin: Womit beginnen? (1901), LW 5, S. 10

(17) W. I. Lenin: Womit beginnen? (1901), LW 5, S. 11

(18) Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale. Resolution des II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (1920), in: Die Kommunistische Internationale, Manifeste, Thesen und Resolutionen, Band I, Köln 1984, S.162

Was will die RCIT?

Die *Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz* (RCIT) – ist eine internationale Kampforganisation für die Befreiung der ArbeiterInnenklasse und aller Unterdrückten. Sie hat nationale Sektionen in verschiedenen Ländern. Die ArbeiterInnenklasse ist die Klasse all jener (sowie deren Familien), die gezwungen sind, als Lohnabhängige ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen. Die RCIT stützt sich auf die Theorie und Praxis der revolutionären ArbeiterInnenbewegung, die mit den Namen Marx, Engels, Lenin und Trotzki verbunden sind.

Der Kapitalismus gefährdet unsere Lebensbedingungen und die Zukunft der Menschheit. Arbeitslosigkeit, Krieg, Umweltkatastrophen, Hunger, Ausbeutung gehören ebenso zum Alltag des Kapitalismus wie die nationale Unterdrückung von Migranten und Nationen und die Unterdrückung der Frauen, Jugendlichen und Homosexuellen. Daher wollen wir den Kapitalismus beseitigen.

Die Befreiung der ArbeiterInnenklasse und aller Unterdrückten ist nur in einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung möglich. Eine solche Gesellschaft kann nur international geschaffen werden.

Deswegen kämpft die RCIT für eine sozialistische Revolution im eigenen Land und weltweit.

Diese Revolution muß von der ArbeiterInnenklasse getragen und geführt werden, denn sie ist die einzige Klasse, die nichts als ihre Ketten zu verlieren hat.

Die Revolution kann nicht friedlich vonstatten gehen, denn noch nie hat eine herrschende Klasse freiwillig auf ihre Macht verzichtet. Der Weg zur Befreiung verläuft über den bewaffneten Aufstand und den Bürgerkrieg gegen die Kapitalisten. Die RCIT kämpft für den Aufbau von Arbeiter- und Bauern-Republiken, wo sich die Unterdrückten in Basisversammlungen in den Betrieben,

Stadtteilen und Schulen – in Räten – organisieren. Diese Räte wählen und kontrollieren die Regierung und alle anderen Verwaltungen und können sie jederzeit abwählen.

Der wirkliche Sozialismus und Kommunismus hat nichts mit dem sogenannten “real existierenden Sozialismus” in der Sowjetunion, China, Kuba oder Osteuropa zu tun. In diesen Staaten beherrschte und unterdrückte eine Bürokratie das Proletariat.

Die RCIT unterstützt alle Anstrengungen, um die Lebensbedingungen der Arbeiterinnen, Arbeiter und Unterdrückten zu verbessern. Wir verbinden dies mit einer Perspektive des Sturzes des Kapitalismus.

Wir arbeiten in den Gewerkschaften und treten dort für Klassenkampf, Sozialismus und ArbeiterInnendemokratie ein. Doch Gewerkschaften und Sozialdemokratie werden von einer Bürokratie beherrscht. Diese Bürokratie ist eine Schicht, die durch Posten und Privilegien mit Staat und Kapital verbunden ist. Sie steht den Interessen und Lebensbedingungen der Mitglieder fern. Diese Bürokratie stützt sich v.a. auf die obersten, privilegierten Schichten der Arbeiterklasse – der Arbeiteraristokratie. Der Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse muß sich auf die breite Masse des Proletariats statt auf ihre Oberschicht stützen.

Die RCIT strebt die Einheit in der Aktion mit anderen Organisationen an. Doch wir sind uns bewußt, daß die Politik der Sozialdemokratie und der pseudo-revolutionären Gruppen schädlich ist und sie letztlich ein Hindernis für die Befreiung der ArbeiterInnenklasse darstellen.

Wir treten für die Enteignung der Großgrundbesitzer ein sowie für die Verstaatlichung des Bodens und seine Aufteilung an die armen und landlosen Bauern. Wir treten für die unabhängige Organisation der Arbeiter in der Landwirtschaft ein.

Wir unterstützen Befreiungsbewegungen gegen nationale Unter-

drückung. Ebenso unterstützen wir die antiimperialistischen Kämpfe unterdrückter Völker gegen die Großmächte. Innerhalb dieser Bewegungen treten wir für eine revolutionäre Führung als Alternative zu nationalistischen oder reformistischen Kräften ein.

In einem Krieg zwischen imperialistischen Staaten nehmen wir eine Position des revolutionären Defaitismus ein. Das bedeutet, daß wir keine der beiden Seiten unterstützen und die Umwandlung des Krieges in einen Bürgerkrieg gegen die herrschende Klasse befürworten. In einem Krieg zwischen einer imperialistischen Macht (oder deren Handlanger) und einem halb-kolonialen Land treten wir für die Niederlage ersterer und den Sieg des unterdrückten Landes ein.

Der Kampf gegen nationale und gesellschaftliche Unterdrückung (Frauen, Jugend, sexuelle Minderheiten) muß von der Arbeiterklasse geführt werden. Wir treten für revolutionäre Bewegungen der Unterdrückten ein (Frauen, Jugend, Migranten usw.), die sich auf die Arbeiterklasse stützen. Wir lehnen die Führung von kleinbürgerlichen Kräften ab (Feminismus, Nationalismus, Islamismus usw.) und streben deren Ersetzung durch eine revolutionär-kommunistische Führung an. Nur mit einer revolutionären Kampfpartei an der Spitze kann die ArbeiterInnenklasse siegen. Der Aufbau einer solchen Partei und die Durchführung einer erfolgreichen Revolution wie es die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki in Rußland vor machten, sind auch im 21. Jahrhundert ein Vorbild für die revolutionäre Parteien und Revolutionen.

Für neue, revolutionäre Arbeiterparteien in allen Ländern! Für eine 5. Arbeiter-Internationale auf revolutionärer Grundlage! Schließ dich der RCIT an!

Keine Zukunft ohne Sozialismus! Kein Sozialismus ohne Revolution! Keine Revolution ohne revolutionäre Partei!

